

LaG - Magazin

NS-Gedenkstätten

und Erinnerungsorte

in Baden-Württemberg

31.03.2021

lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Zur Gedenkstättenlandschaft in Baden-Württemberg.....	4
Betroffenheit reicht nicht – Die Arbeit der Initiative KZ Gedenken in Spaichingen.....	9
„Was hat ein Kaninchen mit unserer Geschichte zu tun?“ – Die Mannheimer KZ-Gedenkstätte Sandhofen führt seit 2014 eine Geschichts-AG zum Nationalsozialismus mit Grundschulkindern durch.....	14
Museum Synagoge Affaltrach – Bildungsarbeit am historischen Ort.....	20
Die KZ-Gedenkstätte Hessental als Lernort der Geschichte.....	25
Die Gedenkstätte Theresienkapelle in Singen: Lokale Erinnerungsschichten, europäische Verflechtungen, Mahnmal für Frieden und Versöhnung.....	30
Bildung gegen Antisemitismus – eine ehemalige Synagoge als „Schul“	35
Dokufiktionen als Zweites Leben in Gedenkstätten.....	39

Empfehlung Fachbuch

Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945.....	43
Ausgrenzung, Raub, Vernichtung.....	47

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass.....	51
„Es war ein Ort, an dem alles grau war...“	54
Praxis des Widerstands 1933 bis 1945. Formen widerständigen Handelns in Südwestdeutschland.....	56

Liebe Leser*innen,

wir begrüßen Sie zum LaG-Magazin im März. Diese Ausgabe ist mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg entstanden. Demzufolge stellen wir unterschiedliche historische Lernorte und ihre Bildungsangebote aus dem südwestlichen Bundesland vor.

Die Gedenkstättenlandschaft in Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine Vielzahl an Lern- und Gedenkort, aber auch Gedenkinitiativen zur Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen aus. *Katrin Hammerstein* gibt in ihrem einführenden Artikel einen Überblick.

Die Kleinstadt Spaichingen ist einer der vielen Orte an denen ein Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof errichtet wurde. *Regina Braungart* befasst sich mit den Widerständen und Fortschritten der Gedenkarbeit vor Ort.

Die Arbeit mit Kindern im Grundschulalter ist ein wichtiger Pfeiler der Pädagogik in der KZ- Gedenkstätte Sandhofen. *Marco Brenneisen* und *Corinna Keunecke* stellen die Bildungsarbeit am historischen Ort des ehemaligen Außenlagers des Konzentrationslagers Natzweiler vor.

Heinz Deininger, *Petra Schön* und *Samuel Stern* geben einen Überblick zur Geschichte der 1851 eingeweihten Synagoge Affaltrach und zur Nutzung des Gebäudes als historischen Lernort. Ein gesonderter Abschnitt ist der Bildungsarbeit während der derzeitigen Pandemie gewidmet.

Folker Förtsch stellt die Geschichte des Außenkommandos Hessental des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof vor sowie die pädagogische Arbeit der heutigen KZ-Gedenkstätte Schwäbisch Hall-Hessental am historischen Ort.

In der ehemaligen Kapelle eines Kriegsgefangenenlagers für Wehrmachtssoldaten wird an die Geschichte der NS-Zwangsarbeit in der südbadischen Stadt Singen erinnert. *Carmen Scheide* schreibt zur Regionalgeschichte und über die Arbeit mit Zeitzeug*innen.

Das Pädagogisch-Kulturelle Centrum Ehemalige Synagoge Freudental arbeitet am historischen Ort des Synagogengebäudes mit Jugendlichen ausgehend von jüdischer Geschichte, Kultur und Religion gegen Antisemitismus. *Michael Volz* stellt den pädagogischen Ansatz vor.

Gabriele Valeska Wilczek gibt einen Einblick in die pädagogische Arbeit mit Hörspielen am historischen Ort des ehemaligen jüdischen Gemeindehauses in Breisach.

Wir bedanken uns bei allen Beiträger*innen für die eingereichten Texte. Ein besonderer Dank gebührt Dr. Katrin Hammerstein für die Zusammenarbeit und Beratung.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 28. April 2021. Es wird sich mit unterschiedlichen universitären geschichtsdidaktischen Projekten befassen.

Ihre LaG-Redaktion

Zur Gedenkstättenlandschaft in Baden-Württemberg

Von Katrin Hammerstein

Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine vielfältige Gedenkstättenlandschaft aus. Über das ganze Land verteilt gibt es zahlreiche Lern- und Gedenkorte sowie Gedenkstätteninitiativen, die an die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur erinnern und der Opfer gedenken. Damit werden der Nationalsozialismus und seine Verbrechen nicht nur konkret vor Ort (be-)greifbar, sondern es wird auch vor Augen geführt, wie flächendeckend und allgegenwärtig die NS-Verbrechen waren. Sie fanden nicht nur in den großen, auch international bekannten Konzentrationslagern wie Dachau, Buchenwald oder Auschwitz statt, sondern auch in der nahen Umgebung, teils in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Thematische Bandbreite

Entstanden sind die baden-württembergischen Gedenkstätten ab den 1980er Jahren aus bürgerschaftlichem Engagement heraus und oftmals gegen Widerstände. Heute bilden sie ein dichtes und zugleich ausdifferenziertes Netz von Orten zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. So nehmen sie unterschiedliche Verfolgungs- und Verbrechenkomplexe in den Blick:

- die politische Verfolgung an den Orten früher Konzentrationslager: 1985 wurde das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) in Ulm eröffnet. Das „Fort Oberer Kuhberg“ fungierte von 1933

bis 1935 als Konzentrationslager für das Land Württemberg. Etwa 600 Gegner des NS-Regimes waren dort inhaftiert, an deren Schicksal das DZOK erinnert. Im Land Baden bestand im Schloss Kislau von 1933 bis 1939 ein frühes Konzentrationslager, in dem ca. 1.500 Männer in Haft waren, v. a. politische Gegner, später auch Zeugen Jehovas, sogenannte Asoziale und andere „Volksschädlinge“. Dieser Geschichte widmet sich das 2012 gegründete Projekt Lernort Kislau.

- die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung und den Holocaust: Zahlreiche Gedenkstätten und Jüdische Museen in ehemaligen Synagogen, einstigen Rabbinats- oder Schulgebäuden dokumentieren die Zerstörung und Vernichtung der jüdischen Gemeinden in Baden und Württemberg durch die Nationalsozialisten. 1985 konnte das PKC Freudental seine Türen als Gedenk- und Begegnungsstätte öffnen, nachdem es das ehemalige Synagogengebäude vor dem Abriss bewahrt hatte. Die Orte zur jüdischen Geschichte thematisieren auch das teils jahrhundertlange Zusammenleben, so etwa im Museum zur Geschichte von Christ*innen und Juden*Jüdinnen in Laupheim. In der Ehemaligen Synagoge Rexingen informiert eine Ausstellung über die Auswanderung von Rexinger Juden*Jüdinnen im Jahr 1938 nach Palästina, wo sie gemeinsam die Siedlung Shavei Zion gründeten. Gedenkorte wie das Mahnmal zur Erinnerung an die nach Gurs deportierten badischen Juden*Jüdinnen in

Neckarzimmern oder die Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ am Stuttgarter Nordbahnhof erinnern an die Deportationen der Juden*Jüdinnen aus Baden, Württemberg und Hohenzollern ab 1940/41.

- Zwangssterilisierung und „Euthanasie“-Verbrechen: Das Schloss Grafeneck auf der Schwäbischen Alb war das erste von sechs Vernichtungszentren der „Aktion T4“ im Deutschen Reich. Im Januar 1940 begann hier der Mord an insgesamt 10.654 Menschen, die von den Nationalsozialisten als „lebensunwertes Leben“ stigmatisiert wurden. Das Dokumentationszentrum Gedenkstätte Grafeneck leistet Forschungs- und Vermittlungsarbeit, dokumentiert die Ereignis- und Aufarbeitungsgeschichte und vernetzt die Erinnerung an die Opfer der NS-„Euthanasie“. Zunehmend gerät in der Forschung auch das Thema Zwangssterilisation in den Blick. Am Standort des ehemaligen Erbgesundheitsgerichts Ulm informiert seit 2019 das Erinnerungszeichen für die Opfer von NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“-Morden über die Geschehnisse vor Ort und das Schicksal der Ulmer Opfer.

- die Verfolgung aus „rassischen“ Gründen: Neben Juden*Jüdinnen wurden auch Sinte*zze und Rom*nja rassistisch verfolgt. Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg zeichnet in seiner Ausstellung die Geschichte des NS-Völkermords an Sinte*zze und Rom*nja nach. Mit einer

Namenswand wird der 21.000 Sinte*zze und Rom*nja gedacht, die in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verbracht und fast alle ermordet wurden.

- Zwangsarbeit und späte Konzentrationslager: Mehr als 50 Außenlager gehörten zum KZ Natzweiler-Struthof im Elsass, 35 davon wurden ab 1942/43 im heutigen Baden-Württemberg errichtet. 13 Gedenkstätten und Initiativen im Land erinnern an das Leid der KZ-Häftlinge, die an diesen Orten zumeist für die Kriegswirtschaft arbeiten mussten und in der Rüstungsindustrie oder für den Abbau von Ölschiefer ausgebeutet wurden. Die Dokumentationsstätte Goldbacher Stollen in Überlingen am Bodensee befindet sich am Standort eines Außenlagers des KZ Dachau. Das System der Zwangsarbeit umfasste auch viele andere Bereiche: Industrie-Unternehmen und Betriebe, Landwirtschaft, Handwerk, Privathaushalte. Die Theresienkapelle Singen erinnert an Zwangsarbeiter, die als „Ostarbeiter“ von 1941 bis 1945 in Singen untergebracht waren und in lokalen Firmen wie z. B. der Niederlassung von Maggi eingesetzt wurden.

- die Verfolgung von Gegnern und Widerstand: In Baden-Württemberg bestehen mehrere Gedenkstätten für bekannte Persönlichkeiten des Widerstands, jeweils an Orten mit biografischem Bezug: für Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seinen Bruder Berthold in Stuttgart und Albstadt-Lautlingen, für Hans und Sophie Scholl in Forchtenberg und Crailsheim und für Georg Elser in Königsbrunn. Widerstand der

ersten Stunde zeigten die Teilnehmenden des Mössinger Generalstreiks vom 31. Januar 1933. Im Rathaus Mössingen informiert seit Januar 2021 zusätzlich zu dem bisherigen virtuellen Geschichtsort im Internet ein Erinnerungs- und Ausstellungskubus über die Geschehnisse.

Auch die Tätergeschichte ist ein Thema in Gedenkstätten. Explizit befasst sich in Baden-Württemberg z. B. der Geschichtsort Hotel Silber in Stuttgart damit und präsentiert in der ehemaligen württembergischen Gestapo-Zentrale eine Dauerausstellung zur Geschichte von Polizei, Gestapo und Verfolgung. Im Entstehen sind außerdem mehrere NS-Dokumentationszentren, so im Mannheimer MARCHIVUM, in Freiburg und in Tübingen, wie insgesamt die Gedenkstättenlandschaft sich beständig weiterentwickelt: Neue Orte entstehen, bei der Gründung eingerichtete Dauerausstellungen werden überarbeitet und aktualisiert, wobei auch die Aufarbeitungsgeschichte nach 1945 in den Fokus rückt.

Eine Besonderheit der baden-württembergischen Gedenkstättenlandschaft stellt schließlich das DDR-Museum Pforzheim dar. Es ist das einzige DDR-Museum in Westdeutschland und erinnert als „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ an die Geschichte der SED-Diktatur und der deutschen Teilung. Wie in allen Gedenkstätten ist hier die Demokratiebildung ein zentraler Aspekt der Erinnerungs-, Bildungs- und Vermittlungsarbeit.

Bürgerschaftliches Engagement und vernetzte Arbeit

Mit ihrer Arbeit, die in weiten Teilen ehrenamtlich erbracht wird, leisten die baden-württembergischen Gedenkstätten einen essentiellen Beitrag für die Schaffung und Stärkung eines kritischen Geschichts Bewusstseins und den Erhalt einer lebendigen Demokratie. Mittlerweile erreichen sie über 300.000 Besucher*innen im Jahr. Die Arbeit der Gedenkstätten würdigt auch der Landtag von Baden-Württemberg in seiner 2010 verabschiedeten Konzeption „Kultur 2020“: „Gedenk- und Erinnerungsstätten sind Teil unserer politischen Kultur. [...] Die Ehrenamtlichen haben, oft als einzige, in meist jahrelanger Forschung und Archivarbeit zur Erhellung des dunkelsten Kapitels der Geschichte in unserem Land beigetragen. [...] Mit ihrem Engagement leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu einer demokratischen Erinnerungskultur.“

Zur gegenseitigen Unterstützung und Interessenvertretung gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit haben sich die Gedenkstätten 1995 in der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten (LAG) zusammengeschlossen. Heute umfasst die – inzwischen um Gedenkstätteninitiativen erweiterte – Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) mehr als 70 Gedenk- und Lernorte sowie Initiativen. Zum gemeinsamen Austausch trifft sich die LAGG jährlich zu ihrer Delegiertenversammlung; alle zwei Jahre wählt diese den Sprecherrat. Dieses Gremium, das aus acht Personen besteht, vertritt die

Anliegen der Gedenkstätten im Land.

In Arbeitskreisen greift die LAGG aktuelle Fragestellungen auf. Der Arbeitskreis Jugend- und Vermittlungsarbeit hat z. B. den Leitfaden „Erinnern – Erfahren – Erlernen. Pädagogische Ansätze und Konzepte für Jugend- und Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten“ erarbeitet und Module für eine Ausbildung zu Jugendguides an Gedenkstätten entwickelt. Mit Fragen der Erfassung, Verzeichnung und Verwahrung von Archivgut befasst sich der AK Archivarbeit und hat auf der Grundlage der Handreichung „Das materielle Erbe der Zeitzeugen sichern“ des DZOK in Ulm hierfür Hilfsmittel erstellt. Auch das Thema Digitalisierung spielt zunehmend eine Rolle.

Bei ihren Aktivitäten arbeitet die LAGG eng mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) zusammen, die vom Landtag mit der Förderung der Gedenkstätten beauftragt ist. Der Fachbereich Gedenkstättenarbeit der LpB koordiniert die Gedenkstättenförderung des Landes. Neben der finanziellen Förderung begleitet er die Arbeit der Gedenkstätten auch beratend und inhaltlich, mit Konzepten und Angeboten u. a. im Bereich der Gedenkstättenpädagogik, mit Veranstaltungen, Vortragsreihen, Fachtagungen, Fortbildungen und der Herausgabe von Publikationen. In der Reihe MATERIALIEN z. B. erscheinen Lese- und Arbeitshefte, die in Zusammenarbeit mit einzelnen Erinnerungsorten erarbeitet werden und für die Bildungsarbeit im Schulunterricht, in der Jugendarbeit und an Gedenkstätten genutzt

werden können. Auch die Vernetzung mit verschiedenen Akteur*innen im Land, aber auch über Baden-Württemberg hinaus, mit Schulen, Universitäten, Museen, Archiven ist eine wichtige Aufgabe, der sich LAGG und LpB gemeinsam widmen.

Mehrere Gedenkstätten in Baden-Württemberg haben sich räumlich oder thematisch in Verbänden zusammengeschlossen, zum Teil auch über Landesgrenzen hinweg. Der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V. vereint 13 Gedenkstätten und -initiativen in Südwürttemberg. Sechs badische Gedenkstätten haben den Verbund Gedenkstätten südlicher Oberrhein gegründet. Die Gedenkstätten an Standorten von Außenlagern des KZ Natzweiler-Struthof im Elsass haben sich zum Verbund der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler e. V. (VGKN) zusammengeschlossen. 2018 wurde dieser gemeinsam mit dem Centre Européen du Résistant Déporté (CERD) der französischen Gedenkstätte am Ort des früheren Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof für die grenzüberschreitende Vermittlungsarbeit mit dem Europäischen Kulturerbesiegel ausgezeichnet. Über 80 Gedenkorte in Oberschwaben und im angrenzenden Ausland (Schweiz/Österreich) bringt das Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben zusammen. Die Gedenkstätten vernetzen sich auch auf Bundesebene, z. B. in der 2019 gebildeten AG „Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager“. Die LAGG insgesamt ist Mitglied des im Dezember 2020 gegründeten Verbandes der Gedenkstätten in Deutschland e. V.

Diktaturgeschichte und Demokratie

Anknüpfungspunkte bestehen auch zu den Erinnerungsorten der Demokratiegeschichte, von denen es in Baden-Württemberg u. a. mit der Erinnerungsstätte für die deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt, der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen oder dem Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart ebenfalls eine Vielzahl gibt. Die Erinnerungsstätte Salmen in Offenburg steht zugleich für die badische Freiheitsbewegung 1847 und als einstige Synagoge auch für die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in der NS-Zeit. Dies macht sie zu einem eindrücklichen Ort für die Reflexion und Vermittlung von Geschichte im Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur. Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte führt immer wieder auch in die Gegenwart. Die Gedenkstätten richten nicht nur aktuelle Fragen an die Vergangenheit, sondern treten auch aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ein und setzen sich für das Engagement für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte ein.

In diesem Sinne unterstreicht die seit 2016 amtierende baden-württembergische Landtagspräsidentin Muhterem Aras die Bedeutung der Gedenkstätten im Land: „Die vielen Gedenkorte in Baden-Württemberg [...] erinnern uns [...] nicht nur an historische Ereignisse. Sie erinnern uns, dass unsere Grundwerte eine Antwort sind, auf Unrecht, auf Hass, auf Unmenschlichkeit. Und sie mahnen uns, für diese Grundwerte auch

einzustehen. Weil unsere liberale, moderne Gesellschaft nicht selbstverständlich ist, sondern etwas, woran wir täglich arbeiten müssen.“ (<https://muhterem-aras.de/praesidentin/gedenken/>)

Weiterführende Hinweise und Literatur

Eine Übersicht über die Gedenkstätten in Baden-Württemberg und weitere Informationen zu ihrer Arbeit finden sich auf dem von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) eingerichteten Gedenkstättenportal www.gedenkstaetten-bw.de. Dort ist auch der von LpB und LAGG gemeinsam herausgegebene Guide „Gedenkstätten in Baden-Württemberg“ online abrufbar.

Sibylle Thelen, Gedenkstätten in Baden-Württemberg. Ohne Erinnerung keine Zukunft, in: bildung & wissenschaft 06/2018, S. 19–23.

Sibylle Thelen, Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg. Zusammenarbeit – Ausbau – künftige Aufgaben, in: GedenkstättenRundbrief Nr. 179 vom 1. Oktober 2015, S. 15–24.

Über die Autorin

Dr. Katrin Hammerstein leitet seit Juni 2020 den Fachbereich Gedenkstättenarbeit bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Landesarchivs Baden-Württemberg/Abteilung Staatsarchiv Freiburg und der Universität Heidelberg und hat zur Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus geforscht und publiziert.

Betroffenheit reicht nicht – Die Arbeit der Initiative KZ Gedenken in Spaichingen

Von Regina Braungart

Die Geschichte des Gedenkens und der Aufarbeitung der Geschehnisse um das und im Konzentrationslager in Spaichingen ist auch ein Spiegel der Selbstsicht, Befindlichkeit und des Nutzens für diejenigen, die sich damit beschäftigten – oder auch nicht damit beschäftigten. Das ist vielleicht der Grund, warum es rund 70 Jahre gedauert hat, bis sich die Erinnerung und Erforschung der Vorgänge um das KZ eine organisierte Struktur gegeben haben.

Zwischen September 1944 und April 1945 wurde in der kleinen Stadt Spaichingen ein Außenlager des KZ Natzweiler eingerichtet. Davon gab es nach Auflösung des Stammlagers im Elsass 70 östlich des Rheins.

Gut 500 Männer waren in dieser Zeit in Spaichingen inhaftiert. Verschiedene „Transporte“ brachten Häftlinge vor allem aus Dachau. Anfang März aber gab es den größten Transport mit 250 Häftlingen aus Buchenwald. Dorthin waren auch die Gefangenen der Ghettos, aus Auschwitz, Groß Rosen und anderen evakuierten KZ gebracht worden. Fast alle der zuvor in Spaichingen Inhaftierten waren nichtjüdische Mitglieder des Widerstands, Verschleppte oder Zwangsarbeiter, die von der Gestapo wegen verschiedener „Delikte“ eingekerkert und zur Sklavenarbeit gezwungen worden waren.

KZ dient dem „totalen Krieg“

Die Natzweiler-Außenlager des Wüste-Komplexes auf der Schwäbischen Alb zur Gewinnung von Öl aus Ölschiefer – ein irrsinniges Vorhaben –, wurden ab 1943, vor allem aber 1944 eingerichtet. Das Lager Spaichingen sollte Arbeitssklaven für die Entwicklung und Produktion von Flugzeug-Außenbordkanonen bereitstellen. Kurz vor Kriegsende dienten sie dem Hauptziel der Wirtschaft und Gesellschaft des Deutschen Reichs: dem „totalen Krieg“.

Für Spaichingen war das KZ ein Fremdkörper. Zwar war schon lange zu spüren, dass die heimischen Möbel- und Metallbetriebe Kriegszielen unterworfen wurden. Es gab eine gleichgeschaltete Verwaltungs- und Gesellschaftsstruktur – andere Einflüsselemente, wie die Kirche, waren eingeschüchtert. Zahlreiche Männer und Frauen waren eingebunden in die NS-Organisationen, wenn auch oft nur als Mitglieder. Offener Widerstand von Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen war ganz am Anfang des „Dritten Reichs“ durch Internierung im KZ Heuberg gebrochen worden. Und auch die zentrumsnahe Presse war 1935 unter erstaunlich offenem Protest des Redakteurs eingestellt worden. Generell war Spaichingen katholisch geprägt und ganz sicher kein Hort des Nationalsozialismus. Aber man arrangierte sich und nutzte Gelegenheiten. Jüdische Spaichinger*innen gab es nicht. Die ganze Brutalität des Regimes erlebten die Spaichinger*innen in ihren Augen durch erschwerte Lebensbedingungen und vor allem zahlreiche gefallene Männer, Brüder, Söhne.

Und dann kamen auf einmal Männer aus dem „Arbeitserziehungslager“ Aistaig und begannen mit den Vorbereitungen für ein Lager, das mitten in Gärten und Krautbeeten errichtet werden sollte. Zu dieser Zeit hatten sich die Spaichinger*innen bereits daran gewöhnt, dass Kriegsgefangene oder vermeintlich freiwillig arbeitende Ausländer*innen überall vom kleinen Bauernhof bis zum Industriebetrieb Zwangsarbeit leisteten. Das wurde nicht offen hinterfragt.

Misshandlungen und Tötungen

Was dann aber nach Spaichingen kam, war etwas ganz anderes. Kontakt hatten die Häftlinge nur mit Handwerkern beim Bau der beiden Baracken und des Steingebäudes, beim Brotbacken für das KZ in einer Bäckerei, in der Gasthausküche, in der auch das Essen für die Insassen und die Mannschaft gekocht wurde, sowie in den verschiedenen Rüstungs-Werkstätten. Der Kontakt beziehungsweise offene Gespräche zwischen der Bevölkerung und den Häftlingen war verboten. An der Haupteinsatzstelle, der Baustelle für eine Rüstungsproduktionshalle im Gebiet „Lehmgrube“, wurden die Häftlinge nicht nur mit schwerer Arbeit bei Eiseskälte gequält, sondern auch misshandelt und hier gab es auch fast keine zufälligen Kontakte.

Das Verhältnis der Bevölkerung zum KZ muss aus einer Mischung aus Zwangsverpflichtung und Arrangement bestanden haben und hatte auch profitable Seiten. Immerhin waren viele Wachleute der SS, vor allem aber die Ingenieure und Kaufleute der „Metallwerke“, so lautete der Deckname für den neu gegründeten Rüstungsbetrieb,

lebten bei Spaichinger*innen und gaben gutes Geld aus. Ganz sicher hat man dieses Unterfangen auch als wirtschaftliche Chance gesehen und davon profitiert. Es wird sogar von Liebschaften mit Wachmännern berichtet.

Brutalität ändert Einstellung

Diese eher indifferente Haltung änderte sich offenbar mit der steigenden Brutalität der Wachleute. Denn unsichtbar war das KZ von Anfang an nicht: Die ausgemergelten Häftlinge mussten sich in einer Kolonne zur Baustelle durch die halbe Stadt schleppen, später aber wurden halb oder ganz Tote mit Schubkarren zurückgebracht. Die durch Misshandlungen, Auszehrung und Krankheiten Gestorbenen wurden gut sichtbar bis zum Abtransport ins Tuttlinger Krematorium neben der Baracke abgelegt. Das große Sterben begann 1945. Die Schreie von in der Weihnachtszeit zu Tode gefolterten Häftlingen waren überall zu hören, wie Heiner Geißler in einem Interview bezeugte. Er lebte zu jener Zeit als Jugendlicher in Spaichingen.

Insgesamt starben 110 namentlich bekannte Häftlinge, die meisten auf Transporten zu oder in Spaichingen. Neun davon sind auf dem Todesmarsch ins Allgäu umgekommen. Die Erforschung der einzelnen Schicksale aller Häftlinge ist noch nicht abgeschlossen.

Sichtbare Zeichen des Erinnerns

Das Bedürfnis, auf das Leiden hinzuweisen, das in dieser Stadt geschehen war, war da, auch wenn genaue Fakten fehlten. Aber nach außen sichtbar – das war eine ganz

andere Sache. Und so wurde gleich nach dem Krieg 1946 ein Holzkreuz zum Gedenken auf Geheiß der französischen Sieger erstellt. Deren Namen wurden auf zwei flankierenden Steinen angebracht. 1963 beauftragte die Stadt ein Kunstwerks des Tuttlinger Künstlers Roland Martin „den Opfern der Gewalt“. Jetzt gestaltete die Stadt einen Gedenkplatz und ließ Platten mit den Namen der 30 Toten des Massengrabs in den Boden ein. An Allerheiligen und am Volkstrauertag wurde das „KZ-Ehrenmal“, wie es jetzt hieß, besucht und eine ökumenische Initiative thematisierte das Spaichinger KZ ab den 90er Jahren immer auch am Gedenktag zur Reichspogromnacht. 1994 erstellten ein Spaichinger Firmenchef und der Redakteur des Heuberger Boten die erste Ausstellung zum KZ. Seit den 80er-Jahren erschienen einige Zeitungsartikel und der Redakteur des Heuberger Boten schrieb den viel zitierten Beitrag in der Spaichinger Stadtchronik. Einige, auch einige Zeitzeugen, nahmen die Verantwortung des Erinnerns und Mahnens sehr ernst, (ehemalige) Stadträte oder Lehrer zum Beispiel, in Kunstprojekten und Stadtführungen, oder auch mit dem Vortreiben von sichtbaren Erinnerungszeichen. Es waren im Grunde aber immer nur rund ein Dutzend Menschen, die das öffentliche Erinnern aufrechterhalten wollten. 2006 wurden Gedenkplatten am Spaichinger Marktplatz eingelassen und sollten die Grenzen des ehemaligen KZ markieren. Sie liegen deutlich verschoben, weil es keine ausreichende Grundlagenarbeit gab. Überhöhte Todeszahlen hatte der Redakteur wohl hochgerechnet.

Die wirkliche Bestialität ist woanders

Denn es herrschte die Wahrnehmung: Die wirkliche Bestialität des Regimes war woanders. Auschwitz, Dachau vielleicht, aber nicht Spaichingen. Das Bielefelder Forscherteam um Andreas Zick hat 2018 herausgefunden, dass rund 18 Prozent der über 1.000 zufällig Befragten glaubte, ihre Vorfahren hätten im Nationalsozialismus potenziellen Opfern wie Juden geholfen. Tatsächlich waren es maximal 0,3 Prozent. So war auch die Zivilcourage einiger mutiger Spaichinger*innen lange Zeit nach dem Krieg die dominierende Selbstwahrnehmung: Diese hatten versucht, Häftlingen Lebensmittel zuzustecken, obwohl das streng verboten war und die Folgen unabsehbar. Deshalb wurden oft auch Kinder vorgeschickt. Für die Häftlinge war das Entdeckt werden im schlimmsten Fall aber tödlich.

Diese Barmherzigkeit gab es tatsächlich. Gleich mehrere ehemalige Häftlinge, die ihr Zeugnis bei der Shoah Foundation auf Video gebannt haben, betonen diese Versuche der Hilfe zum Überleben für die oft sehr jungen Männer.

Das ist es, was sehr viele Spaichinger*innen nach dem Krieg umtrieb: keine kühlen Blicke in Strukturen oder Fakten, sondern das Mitleid, die Trauer.

Das war sicher auch der Grund, warum so spät begonnen wurde, wissenschaftlich zu forschen. Es schien, als ob schon alles offenbart sei. Die vielen Opferlisten, die kursierten, galten als gesicherte Faktenlage. Dabei, wie sich später beim akribischen Vergleich

herausstellte, bezogen sie sich aufeinander und stammen bis auf wenige Ausnahmen aus ein- und derselben Quelle.

Gedenkarbeit professionalisiert sich – nicht ohne Widerstand

2017 gründeten die Aktiven um das Ärzt Ehepaar Ingrid und Albrecht Dapp den Verein KZ-Gedenken in Spaichingen. Der wurde sofort ein Teil des Verbundes der Außenlager des ehemaligen KZ Natzweiler. Die Gedenkstättenarbeit begann, sich im besten Sinne zu professionalisieren.

Ein Kapitel war mangels Forschung zuvor aber noch gar nicht berührt: „Spaichingen war doch Teil des Holocaust“. So lautete der Titel des Zeitungs-Artikels der jetzt aktiven Redakteurin von Januar 2018. Dieser belegt erstmals, dass der März-Transport zahlreiche Juden ins KZ nach Spaichingen brachte. Die genaue Anzahl war zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar.

Ein Zitat nun aus der Replik im Blog des früheren Redakteurs, der den Holocaust fälschlich offenbar ausschließlich in Vernichtungslagern verortet: „Als KZ-Außenlager für die Mauserwerke Oberndorf (...) war in Spaichingen kein Vernichtungslager eingerichtet. Wer so etwas in die Welt setzt, hat von Geschichte keine Ahnung, verunglimpft aber Spaichingen in einer Art und Weise, die der Stadt enorm schaden kann: Fakes. (...) Ist es nicht an der Zeit, dass sich die Stadt, Gemeinderat und Verwaltung, selbst an ihre Hoheit erinnern, auch was die Geschichte betrifft und diese nicht Vereinsmeiern für eventuell irgendwelche ideologischen

Spielchen überlässt? Wird jetzt jeder Spaichinger automatisch zum Holocaustleugner und macht sich dadurch strafbar, wenn er verworren wirkenden geistigen Klimmzügen einer Redakteurin nicht folgen kann und will?“ (NBZ, Abruf 28.1.2018, heute nicht mehr abrufbar)

Fast gleichzeitig zur Vereinsgründung hatte der damals noch amtierende Spaichinger Bürgermeister beschlossen, einen Gedenkpfad am Ehrenmal legen zu lassen. Inwieweit das mit dem Rückgewinnen der „Hoheit“ zu tun hat, wie sie eben jener einst so verdienstvolle Redakteur gefordert hat, kann nur spekuliert werden.

Dieser kurze Einblick zeigt, wie schwer sich manchmal selbst jene mit der Wahrheit tun, die sich als Aufklärer sehen. Bisher war in der Wahrnehmung in Spaichingen: Alles war zwar schlimm, aber nicht so monströs wie der Holocaust und das System dahinter. Fakt ist: Von 250 Häftlingen des Märztransports waren, wie inzwischen einzeln belegt ist, mindestens 178 vor allem polnische Juden. Die Transportliste hatten den Männern nur noch Nachnamen, abgekürzte Vornamen und Nummern gelassen. Aber der Verein hat inzwischen die meisten Identitäten entschlüsselt.

Die Offenheit wächst

Die Vernetzungsarbeit mit anderen Gedenkstätten, Veranstaltungen, Vorträge, Filme, Zeitzeugeninterviews, Publikationen, Reisen zum Stammlager, Ausstellungen, Gedenkfeiern und mehr treibt der sehr aktive Verein voran. Es geht ums Gedenken

und die Trauer, um Verantwortung und Sichtbarmachung, und auch ums Aufholen des Versäumten. Es war in den 80er- und 90er-Jahren eben nicht alles gesagt worden, nachdem über Jahrzehnte die Stadt versucht hatte, die Wunde von Scham, Mitleid und Trauer zu verdecken, um ein neues Kapitel aufzuschlagen.

Seit den 2000ern ist die Offenheit der Bevölkerung Spaichingens gewachsen, sich allen Fakten des Geschehens zu stellen. Lokale und überregionale Erfahrungen mit Populismus und neurechten Tendenzen mögen hier als Triebmittel gewirkt haben.

Ein Baustein, sich dem Thema „KZ vor der Haustür“ pädagogisch zu widmen, stammt von der Berufsschullehrerin Nadine Hermann. Die entsprechenden Unterrichtseinheiten sind auf dem Landesbildungsserver samt den bereitgestellten Materialien frei abrufbar.

Alle, die sich in Spaichingen kompetent und aktiv dem Thema widmen – von der Leiterin des Spaichinger Museums, die die informativen Tafeln des Gedenkpфыds erstellt hat bis zu den künstlerisch und pädagogisch Wirkenden – kooperieren in dem Bestreben, der Wahrheit möglichst nahe zu kommen – der Verantwortung wegen und nicht wegen der „Hoheit über die Geschichte“. Genau dasselbe gilt für die vorbildliche Kooperation der Gedenkstätten untereinander.

Das Tragische der heutigen Gedenkstätten- und Forschungsarbeit ist, dass jetzt die meisten Zeitzeugen nicht mehr leben. Das Positive ist: Dank des Vereins und der mit

ihm verbundenen Forschung können nun mehr und mehr Antworten nicht nur zu den Umständen gegeben werden: Die ersten Angehörigen von ausgewanderten Überlebenden haben sich bereits beim Verein gemeldet und Antworten bekommen.

Homepage: kz-gedenken-spaichingen.de

Über die Autorin:

Regina Braungart hat Politikwissenschaften, Islamkunde und Judaistik (M.A.) studiert. Sie leitet seit dem Jahr 2000 die Lokalredaktion der Schwäbischen Zeitung in Spaichingen und ist seit 2012 Dozentin an einer Hochschule für Journalistik.

„Was hat ein Kaninchen mit unserer Geschichte zu tun?“ – Die Mannheimer KZ-Gedenkstätte Sandhofen führt seit 2014 eine Geschichts-AG zum Nationalsozialismus mit Grundschulkindern durch

Von Marco Brenneisen
und Corinna Keunecke

Von September 1944 bis März 1945 befand sich im Gebäude der damaligen Friedrichschule (heute Gustav-Wiederkehr-Schule) in Mannheims nördlichem Stadtteil Sandhofen ein Konzentrationslager, das dem KZ Natzweiler (Elsass) als Außenlager zugeordnet war. Nahezu alle der 1.070 Häftlinge dieses Lagers waren (nicht-jüdische) polnische Männer und Jungen ab 14 Jahren, überwiegend Zivilisten, die während des Warschauer Aufstands im August 1944 verhaftet und als politische Gefangene zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren. In Mannheim mussten sie Zwangsarbeit für Daimler-Benz leisten.

Seit 1990 dokumentiert eine Gedenkstätte in den Kellerräumen der Grundschule die Geschichte des KZ-Außenlagers und erinnert an die Opfer des KZ Sandhofen. Träger der Dauerausstellung ist der Verein KZ-Gedenkstätte Sandhofen e.V. in Kooperation mit dem MARCHIVUM (ehemals Stadtarchiv Mannheim) und dem Stadtjugendring.

Bis 2014 richteten sich die pädagogischen Angebote der Gedenkstätte, angelehnt an die Bildungspläne und Curricula in Baden-Württemberg, ausschließlich an

Jugendliche der Sekundarstufe (ab Klasse 8/9). Obwohl sich die Gustav-Wiederkehr-Schule (Grundschule) und die Gedenkstätte im selben Gebäude befinden, gab es lange Zeit keine Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen. Sowohl unter der Lehrerschaft und den Eltern als auch seitens des Vereins KZ-Gedenkstätte existierten Vorbehalte und Skepsis, ob es möglich sei, das Thema Nationalsozialismus mit Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren zu behandeln. Erst im Frühjahr 2013 nahm sich der Verein dieser Herausforderung an und entwickelte auf Anregung der Schulleitung und in enger Absprache mit dieser ein Konzept für eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft für Schüler*innen der Klassenstufe 4, die die Kinder mit der Gedenkstätte vertraut macht, basale Kenntnisse über die Geschichte des Nationalsozialismus allgemein sowie des KZ Sandhofen im Besonderen vermittelt. Im Mittelpunkt dieses Formats steht dabei nicht das Erlernen von Faktenwissen; Vielmehr zielt das AG-Konzept darauf ab, entsprechend des jungen Alters der Kinder, ein niedrigschwelliges interaktives Angebot historischen Lernens anzubieten, das thematisch um die Schwerpunkte Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung kreist und den Anspruch erhebt, Kinder im Umgang mit Geschichte zu sensibilisieren, ihr politisches und demokratisches Bewusstsein zu schärfen und zu einer Orientierung an Menschenrechten zu motivieren. Die überwiegend biographieorientierten Methoden historischen Lernens mit lokalen Bezügen sollen vergangenheitsbezogenes Wissen

über den unmittelbaren Lebensraum der Kinder vermitteln und zugleich gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen aus dem Erfahrungshorizont der Schüler*innen berücksichtigen (Gegenwartsbezug). Das Konzept richtet sich am aktuellen Stand der pädagogischen Forschung zur Vermittlung von Wissen über den Nationalsozialismus im Grundschulalter sowie altersentsprechenden didaktischen Prämissen aus, die darauf zielen, eine kognitive und psychische Überbelastung der Schüler*innen zu verhindern und sich an den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Kinder zu orientieren.

Das Projekt wurde erstmals im zweiten Schulhalbjahr 2013/14 durchgeführt. Die als Pilotprojekt gestartete Geschichts-AG hat sich seitdem als fester Bestandteil des pädagogischen Angebots der KZ-Gedenkstätte Sandhofen etabliert.

Nationalsozialismus als Thema im Grundschulalter? Grundsätzliche Überlegungen

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre wird in der pädagogischen bzw. geschichts-
didaktischen Forschung in Deutschland die Frage diskutiert, ob Nationalsozialismus und Holocaust bereits im Primarbereich des Schulsystems behandelt werden können und dürfen. Als Haupteinwände werden in der Regel vorgebracht, dass eine Thematisierung Kinder dieses Alters kognitiv, emotional und psychisch überfordere oder durch eine (aus eben diesem Grund notwendige) Reduktion der vermittelten Inhalte zu einer Entkontextualisierung und letztlich Bagatellisierung der NS-Verbrechen

tendiere. Neuere Ansätze, die eine Thematisierung im Grundschulbereich befürworten, berücksichtigen jedoch diese Einwände und benennen Erfordernisse, Gestaltungsmöglichkeiten sowie Bedingungen (vgl. die Beiträge in Lernen aus der Geschichte 2/2010). Dass eine Thematisierung grundsätzlich möglich ist, darüber gibt es mittlerweile einen weitgehenden Konsens; diskutiert wird heute überwiegend über das „Wie?“.

Der häufig vorgebrachte Einwand, Grundschulkindern seien per se zu jung für eine erste Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, suggeriert, dass Kinder keinerlei Vorwissen zum Thema hätten und historisches Lernen in diesem Fall nur schwer möglich sei, da keine Anknüpfungspunkte zur alltäglichen Lebenswelt der Kinder bestünden. Beides ist jedoch nur selten der Fall. Die meisten Kinder dürften selbst im Grundschulalter irgendwann einmal etwas über „Nazis“, „die Nazi-Zeit“ oder Hitler gehört haben, ohne aber ein Verständnis davon zu haben, wovon hier die Rede ist. Dass es sich dabei um etwas „Böses“ handelt, um Unrecht, das Menschen irgendwann in der Vergangenheit angetan wurde, wissen Kinder in weitaus größerem Maße als weithin angenommen.

In der heutigen Medien- und Kommunikationsgesellschaft werden Kinder zwangsläufig mit Themen wie Rassismus, Ausgrenzung und Verfolgung konfrontiert, die in die Gegenwart hineinreichen oder gar direkt in der Gegenwart geschehen. Zu nennen sei etwa die breite Medienberichterstattung zu den rechtsextremen Anschlägen in Halle

(2019) und Hanau (2020) oder zur Mordserie des NSU. Jedes Kind, das gelegentlich Radio hört oder mit den Eltern Nachrichten schaut, erlangt davon zumindest beiläufig Kenntnis. Themen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Krieg und Gewalt, Verfolgung und Flucht bleiben den Heranwachsenden nicht verborgen. Ist es für Erwachsene schon kaum erklärbar, wie Menschen zu derlei Taten in der Lage sein können, stellt sich für Kinder umso mehr die Frage nach dem „Warum“. Bei der Suche nach Sinn greifen wir, die wir die Geschichte des Nationalsozialismus kennen, oftmals auf die Geschichte zurück, von der wir uns Erklärungsansätze versprechen. Wenngleich wir die Mordtaten dadurch nicht „verstehen“ können, ordnen wir die Ideologie des NSU in seine historische Entwicklung ein und ziehen durch unser Wissen über den Nationalsozialismus wiederum Schlüsse für unser eigenes Handeln in der Gegenwart. Kindern diese Möglichkeit unter Berücksichtigung ihres Entwicklungsstandes gleichfalls zu ermöglichen, indem wir ihnen basale Kenntnisse über Ausgrenzung und Verfolgung im Nationalsozialismus sowie Formen der Gegenwehr und Grundwerte wie Solidarität, Respekt und Toleranz vermitteln, führt daher nicht zu Verwirrung und Desorientierung, sondern fördert im Gegenteil demokratisches Bewusstsein.

Wenn also, aus dieser Sichtweise, nicht nur Geschichte Fragen an die Gegenwart, sondern vor allem die Gegenwart Fragen an die Geschichte aufwirft, wird eine Vermittlung historischer Grundkenntnisse schon allein

dadurch erforderlich, dass über den Nationalsozialismus gesprochen und geschrieben und der Opfer in Form von Gedenktafeln, Mahnmalen und anderen Erinnerungszeichen öffentlich gedacht wird, was auch von Kindern wahrgenommen wird. Die vom Kölner Künstler Gunter Demnig geschaffenen „Stolpersteine“ beispielsweise sind im öffentlichen Raum sichtbar, werden von Kindern auf dem Schulweg gesehen und werfen Fragen auf: Warum ist dieser Stein hier? Wer war diese Person? Warum wurde sie ermordet, wie auf dem Stein zu lesen ist? Wo und was ist Auschwitz? Nicht immer bekommen Kinder Antworten auf diese Fragen; die Art und Weise wie bzw. ob überhaupt darüber in den Familien gesprochen wird, kann sehr unterschiedlich sein. Nichtsdestotrotz speist sich das Vorwissen, das Kinder zum Thema Nationalsozialismus haben, unter anderem aus Erfahrungen innerhalb der Familie; oftmals ist dies von den Eltern überhaupt nicht intendiert: Erwachsenen ist es häufig nicht bewusst, dass sie Kinder indirekt mit dem Nationalsozialismus konfrontieren, wenn etwa über die Kriegsverletzung des Urgroßvaters gesprochen wird, in Fotoalben Familienmitglieder in HJ- oder Wehrmachtsuniform zu sehen sind oder aber, wenn Kinderfragen zu Stolpersteinen (um bei diesem Beispiel zu bleiben) mit der Begründung abgewiesen werden, das sei eine schlimme Zeit gewesen, worüber man erst später spreche, wenn die Kinder älter sind. Dies wirft für Kinder mitunter neue Fragen auf und weckt Neugier. Da die Fragen unbeantwortet

bleiben, machen sich die Heranwachsenden ihr eigenes Bild, wie „es“ gewesen sein könnte.

Es ist daher davon auszugehen, dass auch unter Kindern bereits gewisse Geschichtsnarrative bestehen, die meist eher diffus sind und sich aus Versatzstücken einzelner Informationen, eigener Vermutungen und Schlussfolgerungen ergeben. Unter den Schüler*innen der Gustav-Wiederkehr-Schule kursierte beispielsweise vor Einführung unserer Geschichts-AG das Gerücht, dass die KZ-Gedenkstätte im Keller des Schulhauses eine Art Gruselkammer sei, in der Särge aufgebahrt seien und sich Überreste von getöteten Menschen befänden. Zu den Aufgaben der Gedenkstätte als Ort der historisch-politischen Bildung gehört es, mittels der Vermittlung historischer Fakten solchen Mythenbildungen und verzerrten Geschichtsvorstellungen entgegenzuwirken.

Ziel, Inhalte und Methode der Geschichts-AG an der Gustav-Wiederkehr-Grundschule

Der Erziehungswissenschaftler Ido Abram, ehemaliger Professor für Holocaust Education an der Universität Amsterdam, erachtete bei der Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus mit Grundschulkindern die Schaffung von Identifikationsmöglichkeiten als essentiell. In seinem bereits Ende der 1990er Jahre entwickelten „Drei-Punkte-Programm“ definiert er die Förderung von Empathie, Wärme und Autonomie als wichtigste Prinzipien und Hauptziele einer Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus im Kindesalter (Abram 1998). Daran orientiert

sich das Konzept unserer Geschichts-AG.

Leitgedanke der AG ist es, die Schüler*innen für Ausgrenzungs- und Verfolgungsmechanismen zu sensibilisieren und Handlungsmöglichkeiten in der Gegenwart zu akzentuieren. Menschenrechte und Zivilcourage bilden die inhaltliche Klammer des Konzepts. Da in der ersten Einheit die Übung „Die Rechte des Kaninchens“ (Composito 2009, S. 89) durchgeführt wird, trägt die Arbeitsgemeinschaft auf Anregung der Schulleitung den Titel „Was hat ein Kaninchen mit unserer Geschichte zu tun?“. Die Kinder bezeichnen das Nachmittagsangebot meist als „Kaninchen-AG“.

Trotz des Anspruchs, einen reinen Transfer von Faktenwissen zu vermeiden, zielt das Kooperationsprojekt zwischen der Gustav-Wiederkehr-Schule und der KZ-Gedenkstätte unter anderem darauf ab, Kindern die Einrichtung näher zu bringen und die Geschichte des KZ-Außenlagers niedrigschwellig zu vermitteln. Die AG führt die Schüler*innen langsam an die Geschichte des KZ Mannheim-Sandhofen heran, die letztlich nur eine von vielen Themeneinheiten darstellt und erst gegen Ende des Schulhalbjahres behandelt wird. In den ersten Einheiten geht es allgemein um die Frage „Was war der Nationalsozialismus?“, wobei zentrale Aspekte der NS-Geschichte und deren Vorgeschichte (Kaiserreich, 1. Weltkrieg, Weimar) kindgerecht vermittelt werden. In der AG wird durchgehend mit Zeitstrahlen gearbeitet, die sukzessive von den Kindern selbst entwickelt werden. Darüber hinaus erhalten die Schüler*innen

regelmäßig „Lexikon-Kärtchen“ zu zentralen Begriffen. Die einzelnen Themenblöcke (u.a. Gleichschaltung und Verbote, Hitlerjugend und BDM, Verfolgung politischer Gegner*innen, Antisemitismus und Judenverfolgung, Zweiter Weltkrieg) werden in mehreren Einheiten anhand der knapp einstündigen Audio-Sendung „Wie war das damals mit dem Nationalsozialismus?“ des NDR-Kinderprogramms Mikado behandelt. Dem Thema Judenverfolgung nähern sich die Teilnehmer*innen in mehreren Sitzungen überwiegend mithilfe des Bilderbuchs „Papa Weidt – Er bot den Nazis die Stirn“ (Deutschkron/Ruegenberg) und den von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand dazu entwickelten Begleit- und Arbeitsmaterialien. Die Themeneinheit „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“ wird zunächst nahezu ausschließlich anhand von mehreren Biografien behandelt. Erst danach folgt die Thematisierung der Geschichte des KZ Sandhofen. Hierzu lernen die Schüler*innen die Biografie von Andrzej Branecki (1930-2020) kennen, der 1944 im Alter von 14 Jahren aus Warschau verschleppt und über das KZ Dachau nach Sandhofen gebracht wurde. Das „Highlight“ der AG ist für die meisten Kinder der Besuch der KZ-Gedenkstätte inklusive Rundgang durch den Stadtteil auf dem „Weg der Häftlinge“. Die letzten beiden AG-Einheiten widmen sich erneut dem Thema Menschenrechte und legen den Fokus auf Kinderrechte sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern in der Gegenwart.

Didaktisch steht in der AG interaktives und

multimediales Lernen, vor allem anhand von Biografien, im Vordergrund. Neben der Arbeit mit kurzen Texten wird eine Vielzahl von Audio- und Video-Beiträgen sowie Bild- und Fotomaterial eingesetzt, wobei insbesondere bei Letztgenannten auf einen Lokalbezug geachtet wird. Das Konzept beinhaltet zahlreiche spielerische und kreative Elemente und bietet den Kindern viel Raum für Diskussionen und Fragen.

Seit 2014 findet die AG jedes Jahr von Februar bis Juli wöchentlich in einem Klassenzimmer der Gustav-Wiederkehr-Schule statt; eine Einheit umfasst zwei Schulstunden am Nachmittag. Insgesamt ist die Arbeitsgemeinschaft auf 17-20 Einheiten ausgerichtet, die von zwei ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der KZ-Gedenkstätte Sandhofen auf Honorarbasis durchgeführt werden. Finanziert wird das Projekt weitgehend über die Gedenkstättenförderung des Landes Baden-Württemberg.

Im Vorfeld der AG findet jährlich ein Informationsabend für Eltern statt, in dem das Konzept vorgestellt und auf Fragen der Erziehungsberechtigten eingegangen wird. An einem „Schnuppertag“ können nach Voranmeldung alle Schüler*innen der Klassenstufe 4 teilnehmen; die feste Teilnahme ist auf zwölf Kinder beschränkt. In der Vergangenheit war das Interesse an der AG seitens der Schüler*innen bisweilen so groß, dass die Teilnehmer*innen ausgelost werden mussten; im Jahr 2016 meldete sich fast ein Drittel des Jahrgangs an.

Aufgrund der Corona-Pandemie musste die

AG im vergangenen Jahr leider nach wenigen Wochen abgebrochen werden; in diesem Jahr muss sie pausieren. Im Schuljahr 2021/22 soll die Arbeitsgemeinschaft mit einem überarbeiteten Konzept fortgesetzt werden.

Literatur

Abram, Ido: Holocaust, Erziehung und Unterricht. Vortrag aus Anlass der Gründung der Forschungs- und Arbeitsstelle (FAS) „Erziehung nach/über Auschwitz“ am 20.05.1998. Online: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/fakultaeten/split_lehrstuehle/didaktik_deutsch/Daten/Material_Brendel-Perpina/Anne_Frank/Abram_1998.pdf.

Compasito – Handbuch zur Menschenrechtsbildung mit Kindern, hg. vom Zentrum für Menschenrechtsbildung der PHZ Luzern u.a., Luzern 2009, online: <https://www.compasito-zmrb.ch/>.

Deutschkron, Inge/Lukas Ruegenberg: Papa Weidt. Er bot den Nazis die Stirn, 4. Aufl., Kevelaer 1999.

Lernen aus der Geschichte: LAG-Magazin Nr. 2/2010: Nationalsozialismus – ein Thema für zeitgeschichtliches und moralisches Lernen in der Grundschule? Online: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/Magazin/7740>.

NDRInfo – Mikado Zeitreise: Wie war das damals mit dem Nationalsozialismus? Sendung von Katja Eßbach, 2013. Online: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/mikado/Wie-war-das-eigentlich-mit-dem-Nationalsozialismus,audio554794.html>.

Schrader, Ulrike: Unterrichtsmaterialien zum Bilderbuch „Papa Weidt. Er bot den Nazis die Stirn“. Hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und dem Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt, 2. korr. Aufl., Berlin 2005.

Über die Autor*innen:

Dr. Marco Brenneisen ist Historiker und Sozialwissenschaftler. Als Mitarbeiter des MARCHIVUM (ehemals Stadtarchiv Mannheim-ISG) leitet er wissenschaftlich und organisatorisch die KZ-Gedenkstätte Sandhofen. Er ist zudem 1. Vorsitzender des Verbunds der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler e.V. (VGKN) sowie Mitglied des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG).

Corinna Keunecke ist Historikerin und Kulturanthropologin. Sie arbeitet beim Landesarchiv Baden-Württemberg in einem Dokumentations- und Forschungsprojekt zur Heimerziehung und Zwangsunterbringung von 1949 bis 1975. Seit 2019 ist sie ehrenamtlicher Guide in der KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen und Mitglied des Trägervereins.

Museum Synagoge Affaltrach – Bildungsarbeit am historischen Ort

Von Heinz Deininger, Petra Schön und
Samuel Stern

Geschichte des Museums

Vor drei Jahrzehnten wurde in der ehemaligen Synagoge Affaltrach das Museum zur Geschichte der Juden in Stadt und Landkreis Heilbronn eingerichtet. Seitdem hat sich hier eine intensive Museums- und Gedenkstättenarbeit etabliert. Der Landkreis Heilbronn hatte 1985 das zweckentfremdete und heruntergekommene Gebäude erworben und es nach den alten Plänen wiederhergestellt. Die Synagoge war 1851 von der etwa 200 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinde Affaltrach erbaut und am 28. November 1851 feierlich eingeweiht worden. Sie war eine der wenigen Synagogen in der Gegend, die alle Räume, die für das religiöse und tägliche Leben einer jüdischen Gemeinde wichtig sind, in einem Gebäude vereinte: Gottesdienstraum, Schulzimmer, Sitzungszimmer, Mikwe und Lehrerwohnung. Sie wurde bis 1905 als Schule für jüdische Kinder und bis in die dreißiger Jahre als Gebetshaus benutzt. In der Pogromnacht, vom 9. auf den 10. November 1938, kam es zu schweren Ausschreitungen. Der Betsaal und weitere Räume wurden durch SA-Angehörige verwüstet, schwer beschädigt und geschändet, die in den Räumlichkeiten im Erdgeschoss der Synagoge lebende jüdische Familie körperlich angegriffen. Das Gebäude wurde aber nicht angezündet, da im

ersten Stock eine „Arier-Familie“ wohnte. Auch die enge Bebauung um die Synagoge mag dazu beigetragen haben. In der Folge wurde das Gebäude für unterschiedliche Zwecke genutzt. So diente es der Unterbringung von polnischen Kriegsgefangenen und als Lager für verschiedene Firmen aus Heilbronn und Affaltrach. Zeitweise wurde es auch von Vereinen genutzt. Zuletzt diente es hauptsächlich Wohnzwecken.

Am 9. November 1988 konnte der Landkreis Heilbronn das renovierte Gebäude wieder der Öffentlichkeit übergeben. Im Mai 1989 wurde das Museum mit einer Dauerausstellung eröffnet. Diese zeigt die reiche jüdische Kultur und Geschichte der Region Heilbronn, deren Anfänge mindestens 1000 Jahre zurückreichen. In der Reichsstadt Heilbronn lebten bereits im 11. Jahrhundert Jüdinnen und Juden. Im 13. Jahrhundert ist dies ebenfalls für die Reichsstadt Wimpfen nachgewiesen. In zahlreichen Orten des heutigen Landkreises Heilbronn etablierten sich jüdische Gemeinden von zum Teil beträchtlicher Größe □ meist in der Neuzeit. Während das Herzogtum Württemberg Jüdinnen und Juden seit dem Spätmittelalter ausgeschlossen hatte, ermöglichten es der reichsritterschaftliche Adel, der Deutsche Orden und der Johanniterorden Jüdinnen und Juden, sich in ihren Territorien als sogenannte „Schutzjuden“ niederzulassen.

Die vom Kreisarchiv Heilbronn konzipierte Ausstellung spannt den Bogen von den frühesten Spuren jüdischen Lebens in der Region Heilbronn, belegt durch steinerne Zeugnisse, über die jüdische Emanzipation

bis zur Verfolgung, Deportation und systematischen Vernichtung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus. Auch aus dem Landkreis und der Stadt Heilbronn stammende jüdische Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Politik werden in der Ausstellung gewürdigt. Ausgestellt sind religiöse Schriften, Textilien und Kultgegenstände, z. B. Gebetsriemen. Einzelne Objekte aus ehemals jüdischem Besitz sowie zahlreiche Fotos, schriftliche Dokumente, Bücher usw. beleuchten jüdische Kultur und jüdisches Alltagsleben in einem jahrhundertelangen Gegeneinander, Nebeneinander oder Miteinander von Christ*innen und Jüdinnen und Juden, wie es in der Region gelebt wurde. Seit 2012 erinnert zudem eine Sonderausstellung an das im benachbarten Eschenau 1941 eingerichtete jüdische Zwangsaltenheim. Dessen Bewohner*innen wurden im August 1942 nach Theresienstadt/Terezín deportiert. Fast alle wurden dort bzw. in den Vernichtungslagern umgebracht. Die Ausstellung zeichnet die Geschichte dieser Einrichtung nach und gibt den Opfern durch deren Biografien ein Gesicht.

Bildungsarbeit vor Ort

Im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Landkreis Heilbronn, dem als Eigentümer die Unterhaltung des Gebäudes obliegt – die laufenden Unterhaltsarbeiten übernimmt die Gemeinde Obersulm – organisiert und realisiert der „Freundeskreis ehemalige Synagoge Affaltrach e. V.“ ehrenamtlich die pädagogischen Angebote des Museums. Dieser hat seine Wurzeln in dem 1985 gegründeten

„Verein zur Erhaltung der Synagoge Affaltrach“, welcher den Anstoß zur Rettung des Synagogengebäudes gegeben hatte. Angeboten werden Führungen durch die Ausstellungen im Museum und auf Wunsch auch auf dem um 1650 angelegten jüdischen Friedhof, historische Bildungsarbeit und kulturelle Veranstaltungen, wie z. B. Vorträge und Lesungen zu vielfältigen Aspekten der jüdischen Geschichte und Gegenwart, Konzerte, Filmvorführungen, Theater- und Musikdarbietungen. Das Angebot in der ehemaligen Synagoge Affaltrach leistet seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur historischen Bildung in der Region Heilbronn. 2019 waren 2.700 Besucher*innen zu verzeichnen, darunter ca. 900 Schüler*innen.

Dieses Angebot soll künftig durch einen jüdischen Kulturweg – (Rad)Wanderweg – ergänzt werden, dessen Eröffnung noch im Jubiläumsjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ (2021) vorgesehen ist. Der Weg soll entlang von Synagogengebäuden, Metzgereien jüdischer Schlächter, Wohn- und Geschäftshäusern sowie Fabriken jüdischer Mitbürger*innen, aber auch jüdischen Friedhöfen im ganzen Landkreis und der Stadt Heilbronn führen. An bzw. vor den öfter abgeschlossenen und ohne Anmeldung nicht zugänglichen Gebäuden und Einrichtungen sollen Informationstafeln mit QR-Codes angebracht werden, über die zusätzliche Text-, Film- und Bildmaterialien abgerufen werden können. Diese erläutern nicht nur die vormalige Bedeutung und Funktionen dieser Orte, sondern auch die bis in die Gegenwart fortlebenden Einflüsse

jüdischen Alltagslebens und jüdischer Kultur. Mit der Wahl des Mittels (Rad)Wanderweg sollen auch neue Zielgruppen erreicht werden, die gerne Natur, Kultur und sportliche Betätigung verbinden.

Zudem ist die Modernisierung der nun über 30 Jahre alten Dauerausstellung geplant. Dafür wurde 2019 durch eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, die auf der Basis eines Werkvertrages die Ausstellungsobjekte analysierte und inventarisierte, der Grundstein gelegt. Das Ergebnis bietet eine gute Grundlage für die Erarbeitung einer Neukonzeption. Insbesondere sollen bislang in der Ausstellung fehlende Aspekte dargestellt werden, wie z.B. der Prozess der „Wiedergutmachung“ und das Zusammenleben nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch die 2004 neugegründete Israelitische Religionsgemeinschaft Heilbronn, die eine Zweigstelle der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg ist, soll Berücksichtigung finden. Genauso soll die neue Ausstellung modernen Sehgewohnheiten angepasst werden, und es sollen neue Medien zum Einsatz kommen.

Bildungsarbeit in Zeiten von Corona

Vor der Pandemie konnten, neben den vielen kulturellen Veranstaltungen wie Vorträgen, Lesungen und Konzerten, auch Sommerfeste, Filmvorstellungen in der Synagoge im Rahmen des „Ferienspaß“ und Kooperationen mit örtlichen Schulen im Rahmen der jährlichen Projekttag durchgeführt werden. Inzwischen findet die Arbeit des Museums verstärkt auch auf den

Sozialen Medien in fünf Bereichen statt: Veranstaltungsankündigungen, Posts über das Zwangsaltenheim Eschenau, jiddische Kultur, religiöse Feste und E-Learning Angebote. Unter Veranstaltungen fallen Vorträge, Onlineführungen durch das Museum und Lehrvideos in Kooperation mit dem YouTube Kanal „Die Reli-Lehrer“. Bei den Posts zum Zwangsaltenheim handelt es sich um Kurzbiografien der Bewohner*innen an deren jeweiligen Geburtstagen, mit denen den Opfern des Nationalsozialismus ein Gesicht und ein Stückchen Würde zurückgegeben wird. Die Posts zu jiddischer Kultur laufen unter dem Namen „Jiddish is Daytsch“ und erklären monatlich, wie Wörter hebräischen/ jiddischen Ursprungs es in den deutschen und teilweise auch schwäbischen Sprachgebrauch geschafft haben. Darunter fallen Begriffe wie Kaff, Mischpoke, Schlamassel, Ische, Stuss, Zocken, Schnorren oder meschugge. Die Posts zu den religiösen Festen beziehen sich nicht nur auf jüdische Feste, sondern thematisieren ebenso christliche und muslimische Feiertage und erklären dabei auch deren Bedeutung und Beziehungen untereinander. Dieser Ansatz wurde gewählt, um kulturelles und intra-religiöses Verständnis und Zusammenarbeit zu fördern. Daraus resultierte nicht nur eine größere Bekanntheit, sondern auch eine tiefere Vernetzung mit anderen Gedenkstätten und Trägern der historisch-politischen Bildung. Ebenso wurden dadurch Grundsteine gelegt für neue Kooperationen und gemeinsame Projekte, wie die Mitarbeit an der genealogischen Onlinedatenbank

„Jüdische Familien im Südwesten“.

Zudem werden neue Wege der hybriden außerschulischen historisch-politischen Bildung angeboten. Für E-Learning-Angebote wurde das Programm Moodle gewählt. Der erste entwickelte Moodlekurs dreht sich um das Poesiealbum von Helga Selz, einem jungen jüdischen Mädchen aus Affaltrach, das 1939 über einen Kindertransport dem NS-Regime entkommen konnte. Die Teilnehmer*innen können den in vier Blöcke geteilten Kurs in eigener Regie zeitlich ungebunden selbst nutzen. Der historische Einstieg erfolgt über ein gekürztes Video einer Dokumentation über Kindertransporte. Danach erhalten die Teilnehmer*innen über ein kurzes Video den ersten Zugang zum Poesiealbum, bevor sie digital durch das Album „blättern“ können. Durch angeleitete Selbstrecherchen und kreative Aufgaben können die Schüler*innen die Lebenswelten und -geschichten Helgas und ihrer Freundinnen kennenlernen. Zum Schluss sollen die Teilnehmer*innen einen eigenen Text in Helgas Poesiealbum als „letzten Eintrag“ schreiben und so ihre Gedanken zum Gelernten niederschreiben. In einem weiteren Block geht es darum, die Geschichte und das Erinnern an die Familie Selz zu analysieren. Thematisiert wird dabei auch die Stolpersteinsetzung für Helgas Eltern in Affaltrach und der Besuch einer Nachfahrin. Zuletzt ist schließlich ein Besuch des Museums geplant, um das Thema vor Ort nachzubereiten. Sollte dies (coronabedingt) nicht möglich sein, kann die Nachbesprechung auch an der Schule oder via BigBlueButton

durchgeführt werden. Zielsetzung des Kurses „Jüdische Lebenswelten während der NS-Zeit – Poesiealbum Helga Selz“ ist es, Zugang zu den Lebensrealitäten von jüdischen Jugendlichen aus deren Perspektive über angeleitete Eigenrecherche zu schaffen und dabei über heutige Flucht- und Vertreibungserfahrungen im Sinne von Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung zu reflektieren. Weitere Kurse zu Themen wie Antisemitismus, jüdische Emanzipation, Zionismus, jüdischer Widerstand und modernes jüdisches Leben sind in der Planung.

Pädagogische Angebote:

Sonderführungen nach Vereinbarung, pädagogische Arbeitsblätter für Schülergruppen.

Moodlekurs: Jüdische Lebenswelten während der NS-Zeit – Poesiealbum Helga Selz.

Öffnungszeiten:

14. März bis 14. November 2021, sonntags von 15.00-17.00 Uhr geöffnet, soweit erlaubt.

Kontakt und Führungen:

Freundeskreis ehemalige Synagoge Affaltrach e.V.

c/o Heinz Deininger, Asangstr. 10, 74245 Löwenstein-Höblinsülz

Tel. +49 (0)7130 6823 - Fax +49 (0)7130 450157 - Email: HeinzDeininger@t-online.de

Adresse der Gedenkstätte:

Untere Gasse 6, 74182 Obersulm-Affaltrach

Internet & Soziale Medien

Webseite: <https://www.synagoge-affaltrach.de/>

Facebook: <https://www.facebook.com/museumsynagogeaffaltrach>

Instagram: https://www.instagram.com/museum_synagoge_affaltrach/

Twitter: <https://twitter.com/affaltrach>

YouTube: https://www.youtube.com/channel/UCcvYRbUC_VWxPmFkdTmbnOQ

Über die Autor*innen:

Petra Schön arbeitet als Leiterin des Kreisarchivs Heilbronn seit 2004 und vertritt in dieser Funktion den Landkreis Heilbronn.

Heinz Deininger ist seit 2012 1. Vorsitzender des „Freundeskreis ehemalige Synagoge Affaltrach e.V.“ und zuständig für das Jahresprogramm, Führungen durch die Synagoge und über den jüdischen Friedhof Affaltrach.

Samuel Stern arbeitet als Bildungsreferent des Museums Synagoge Affaltrach. Er ist freier Mitarbeiter der LpB Baden-Württemberg (Demokratie fördern & Politische Tage) und Masterstudent der Politikwissenschaft & Judaistik.

Die KZ-Gedenkstätte Hesselental als Lernort der Geschichte

Von Folker Förtsch

1. Die Geschichte des Lagers in Kurzform

Das Außenkommando Hesselental des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof existierte vom 14. Oktober 1944 bis zum 5. April 1945, also knapp sechs Monate. In einem Barackenlager in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hesselental, das zuvor vom Reichsarbeitsdienst und vom Fliegerhorst Hesselental genutzt worden war, wurden in diesem Zeitraum etwa 800 Häftlinge auf engstem Raum zusammengepfercht. Sie gelangten in zwei größeren Transporten nach Hesselental: am 14. Oktober 1944 ein Kontingent von 600 Häftlingen, am 16. November 1944 noch einmal 200. Vor Ort trafen sie auf eine etwa 50 Personen starke Häftlingsgruppe, die unter dem Kommando der Organisation Todt (OT) stand und die das vorhandene Barackenlager für die Aufnahme der Gefangenen mit der Errichtung einer Stacheldrahtumzäunung und dreier hölzerner Wachtürme vorbereitete.

Bei den Hesselentaler Häftlingen handelte es sich zum überwiegenden Teil um polnische Juden. Sie waren bis Ende Juni 1944 Insassen des Ghettos der mittelpolnischen Stadt Radom gewesen. Von dort waren sie vor der anrückenden Roten Armee von den deutschen Besatzern evakuiert und ins Reichsgebiet verschleppt worden. Auf ihrem Weg hatten sie eine Selektion auf der Rampe des Vernichtungslagers Auschwitz über sich

ergehen lassen müssen, die nur die arbeitsfähigen Männer jüngeren und mittleren Alters überlebten. Der Radomer Transport gelangte nach Vaihingen /Enz. Von dort erfolgte die Überstellung von 800 Männern nach Hesselental.

Was war nun der Grund für den Einsatz von KZ-Häftlingen in Hesselental? Im Frühjahr 1944 wurde ein Teil der Endmontage des Flugzeugs Messerschmitt Me 262 im Zuge der Dezentralisierung der Rüstungsproduktion nach Hesselental verlegt. Die Me 262 war der erste einsatzfähige Strahljäger der Kriegsgeschichte und wurde von der nationalsozialistischen Propaganda als eine von Hitlers „Wunderwaffen“ gefeiert. Die Produktion dieses Flugzeugs hatte höchste rüstungspolitische Priorität. Das Flugzeug wurde in einem „Waldwerk“ im Bereich des sog. Hasenbühl gefertigt und auf dem Fliegerhorst für die Auslieferung an die Luftwaffe bzw. für den Einsatz vorbereitet.

Der Fliegerhorst war „Haupt-Arbeitsplatz“ der Häftlinge des Hesselentaler Lagers. Dabei waren die KZ-Insassen nach allem, was bekannt ist, nicht direkt mit Montagearbeiten an den Flugzeugen betraut, sondern verrichteten einfache, aber körperlich anstrengende Arbeiten im Umfeld der Produktion mit dem Ziel, die Einsatzfähigkeit des Fliegerhorstes aufrecht zu erhalten: Sie hatten Bombenkrater auf dem Flugfeld zu beseitigen, waren an der Instandhaltung oder Reparatur von Gebäuden beteiligt, verrichteten Erdarbeiten, zum Beispiel den Bau von Splitterwällen zum Schutz der abgestellten Flugzeuge, arbeiteten an den

Zufahrtswegen und Gleisanschlüssen und vieles andere mehr.

Die SS setzte Gefangene darüber hinaus in Steinbrüchen und bei Holzfällarbeiten ein. Kleinere Häftlingskommandos arbeiteten gegen eine „Mietgebühr“ bei „privaten“ Arbeitgebern, so in der Landwirtschaft, in Werkstätten von Handwerkern, im städtischen Schlachthof Schwäbisch Hall, in der lokalen Bierbrauerei sowie in den Obstgärten des Hospitals zum Heiligen Geist. Schließlich setzte die Stadt Schwäbisch Hall die Häftlinge zum Bunkerbau und zur Beseitigung von Bombenschäden und Trümmern ein, etwa nach dem Luftangriff vom 23. Februar 1945.

In den ersten Tagen seines Bestehens unterstand das Lager der Organisation Todt. Am 17. Oktober 1944 übernahm SS-Hauptsturmführer August Walling die Lagerleitung. Die Bewachung des Lagers führten insgesamt sieben SS-Männer sowie eine kleinere Anzahl von OT-Angehörigen durch. Als Wachmannschaften für die außerhalb des Lagers tätigen Arbeitskommandos wurden Soldaten der Luftwaffe vom Hessentaler Fliegerhorst herangezogen. Nach den Wochenberichten des Lagers von Ende Oktober 1944 kamen dabei täglich bis zu 70 Wehrmachtsangehörige zum Einsatz.

Das Lager war zu Beginn völlig unzureichend auf die Aufnahme von 800 Menschen vorbereitet. Auch das Nötigste war nicht oder nur in unzureichendem Maße vorhanden. Überlebende Häftlinge berichteten, dass nicht genügend Holzpritschen zur Verfügung standen und sie deshalb in den

ersten Tagen auf dem Boden schlafen mussten. Auch die Küche sei noch nicht fertig gewesen, es gab kein regelmäßiges Essen. Es fehlte an Kleidung und Wäsche. In den ersten Wochen des Bestehens des Lagers gab es offenkundig keine Waschgelegenheit für die Häftlinge. Auch wenn sich die Situation allmählich entspannte, war der Mangel an lebensnotwendigen Gütern wie Nahrung oder Bekleidung eine der Grundkonstanten der Hessentaler Lagergeschichte.

Die den Häftlingen abgeforderte Arbeitsleistung stand in keinem Verhältnis zu ihrer völlig unzureichenden Ernährung und ihrer dürftigen Bekleidung. Mangelkrankungen gehörten zum Lageralltag. Die katastrophale Ernährungssituation und die sanitären Zustände führten im Februar 1945 zum Ausbruch einer Typhusepidemie, an der zahlreiche Häftlinge starben. Das Lager wurde unter Quarantäne gestellt und eine Entlausungsaktion durchgeführt, bei der die Häftlinge bei eisigen Temperaturen über Stunden nackt auf dem Appellplatz stehen mussten. Ein Maximum an abgepresster Arbeitskraft bei einem Minimum an Ernährung, Kleidung und Hygiene, dazu Willkürmaßnahmen und Misshandlungen – die Arbeitsbedingungen im Lager Hessental folgten dem nationalsozialistischen Prinzip der „Vernichtung durch Arbeit“.

Am 5. April 1945 wurde das Hessentaler Lager geräumt und die noch lebenden Häftlinge unter dem Kommando von SS-Untersturmführer Heinrich Wicker in einen Zug verladen, der sie ins KZ Dachau bringen sollte. Angeschlossen wurden den

Hessentaler Häftlingen Lagerinsassen des KZ Kochendorf, das in Teilen ebenfalls über den Hessentaler Bahnhof geräumt wurde. Nach wenigen Kilometern Fahrt blieb der Zug nach einem Angriff amerikanischer Jagdbomber liegen. Die Häftlinge wurden in mehreren Kolonnen zu Fuß weitergetrieben. In die historische Literatur ist die Räumung des Lagers als „Hessentaler Todesmarsch“ eingegangen.

Die Bilanz des Lagers Hessental fällt nach sechs Monaten seines Bestehens erschreckend aus: Mindestens 182 Häftlinge fielen den Haftbedingungen im Lager – Hunger, Erschöpfung, Krankheit und Gewaltaktionen der Bewacher – zum Opfer. Weitere knapp 150 Menschen kamen entlang der Route des „Hessentaler Todesmarsches“ ums Leben. Schließlich starben mindestens 35 der im Dezember 1944 ins „Sterbelager“ Vaihingen/Enz überstellten, völlig arbeitsunfähigen Häftlinge. Mit ca. 350 Todesopfern weist das Arbeitslager Hessental eine der höchsten Todesraten in Südwestdeutschland auf.

2. Errichtung und Konzeption der Gedenkstätte

Das Gelände des früheren KZs Hessental wurde bis Mitte der 1990er Jahre gewerblich genutzt. Mit der Räumung des Areals begann die Diskussion über die Gestaltung als Gedenkstätte, vorangetrieben vor allem durch die 1996 gegründete „Initiative KZ-Gedenkstätte Hessental e.V.“ – mit Erfolg: Seit 2001 erinnert die KZ-Gedenkstätte Hessental an die Existenz des dortigen KZ-Außenlagers.

Die Frage der Gestaltung des historischen Ortes nahm breiten Raum ein, insbesondere deshalb, weil abgesehen von einem auf das Gelände führenden Gleisstück nichts mehr an die Existenz des Lagers erinnerte. Favorisiert vom Verein wurde eine Gedenkstätte mit dokumentarischem Charakter, die die Auseinandersetzung mit den historischen Geschehnissen der Jahre 1944/45 erlauben sollte. Zentrale Elemente der Platzgestaltung sind daher u.a.: frei zugängliche Infotafeln mit Grundinformationen zur Lagergeschichte, die Markierung der Grundflächen der früheren Baracken, das Stelenfeld auf dem früheren Appellplatz mit den Namen der Häftlinge sowie ein Güterwaggon, in dem Schautafeln über das Thema „Hessentaler Todesmarsch“ sowie eine exemplarische Häftlings- (Mendel Gutt) und eine Täterbiografie (Heinrich Wicker) informieren. 2011 kamen auf dem Gelände sieben Fotobanner hinzu, die Porträts Hessentaler Häftlinge zeigen.

Die KZ-Gedenkstätte Hessental dokumentiert auf diese Weise die Geschichte des Lagers sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge. Durch ihre Gestaltung vermittelt sie einen unmittelbaren, auch emotionalen Zugang zur Lebensrealität in einem NS-Arbeitslager der letzten Kriegsphase.

3. Die KZ-Gedenkstätte Schwäbisch Hall-Hessental als außerschulischer Lernort – das pädagogische Angebot

Wir verstehen die KZ-Gedenkstätte Schwäbisch Hall-Hessental als einen wichtigen Lernort der Geschichte, dessen Angebot sich

nicht nur, aber in besonderer Weise an junge Menschen richtet. Für diese Aufgabe bietet die Gedenkstätte eine Reihe von Qualitäten, die für die Vermittlung des zunehmend in die Ferne rückenden und abstrakter werdenden Themas „Nationalsozialismus“ von Wichtigkeit sein können:

- Aus der Authentizität des Ortes entsteht eine besondere pädagogische Überzeugungskraft.
- Die Gedenkstätte verleiht der Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Nationalsozialismus konkreten, auf die eigene Heimat bezogenen Inhalt.
- In der Gedenkstätte bekommt Geschichte durch die Darstellung von Einzelschicksalen ein persönliches, ein menschliches Gesicht.

Alle diese Momente prädestinieren die KZ-Gedenkstätte dazu, einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsvermittlung zu leisten, und zwar sowohl auf der kognitiven wie auch der subjektiv-emotionalen Ebene.

Diesem Zweck dient ein umfangreiches pädagogisches Angebot des Gedenkstättenvereins, das sich insbesondere an Schulklassen und Jugendgruppen wendet: So können Besucher*innengruppen **Führungen** auf der Gedenkstätte anmelden, deren Dauer flexibel gehandhabt werden können und sich nach den Wünschen und Möglichkeiten der Besucher*innen richten.

Eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik erlauben die halb- oder ganztägigen **Projektstage** mit Schüler*innen- und Jugendgruppen. Nach Absprache

beinhalten sie wahlweise neben einer einleitenden Selbsterkundung des Ortes einen ausführlichen Rundgang über die Gedenkstätte, die Arbeit mit ausgewählten historischen Quellen zur Lagergeschichte, die Vorführung eines Films über einen Hessentaler Häftling, den Einsatz bei der Geländepflege und die Besichtigung des jüdischen Friedhofs in Schwäbisch Hall-Steinbach, auf dem mehrere Mahnmale an die hier beerdigten toten Häftlinge erinnern.

Einen besonderen Zugang zur Hessentaler Lagergeschichte bietet das **Projekt „Schüler führen Schüler“**. Schüler*innen arbeiten sich dabei anhand ausgewählter Materialien tiefer in einen Aspekt der Lagergeschichte ein und präsentieren ihn ihren Mitschüler*innen, Lehrer*innen oder auch Eltern [Informationen dazu sind abrufbar auf dem Landesbildungsserver Baden-Württemberg]. Ausgehend von diesem Format ist die KZ-Gedenkstätte Hessental seit 2017 auch wichtigster Kooperationspartner für ein Pilotprojekt des Kompetenzzentrums für geschichtliche Landeskunde des Kultusministeriums Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung, bei dem Schüler*innen des Peutinger-Gymnasiums Ellwangen zu Guides an den Gedenkstätten im Raum Ellwangen-Schwäbisch Hall ausgebildet wurden.

Darüber hinaus begleiten Gedenkstättenmitarbeiter*innen regelmäßig die Erstellung von schulischen Referaten und Präsentationen, halten **Vorträge** in Bildungseinrichtungen und Vereinen oder organisieren **Gedenkstätten-Rundfahrten** zu Orten

jüdischen Lebens und von NS-Verbrechen
im Landkreis Schwäbisch Hall.

Nähere Informationen zur Initiative KZ-Gedenkstätte Hessental e.V.

unter: www.kz-hessental.de

Über den Autor

Folker Förtsch ist Historiker und seit 1999 Leiter des Stadtarchivs Crailsheim. Zudem ist er Gründungsmitglied und Mitglied des Sprecherrats der Initiative KZ-Gedenkstätte Hessental e.V.; aktives Mitglied im Weiße-Rose-Arbeitskreis Crailsheim e.V.; stellvertretender Vorsitzender des Crailsheimer Historischen Vereins. Publikationen, Vorträge und Ausstellungen zur allgemeinen und regionalen Geschichte, vor allem des 16., 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Gedenkstätte Theresienkapelle in Singen: Lokale Erinnerungsschichten, europäische Verflechtungen, Mahnmal für Frieden und Versöhnung

Von Carmen Scheide

Im Industriegebiet der südbadischen Stadt Singen am Hohentwiel, nahe an der Schweizer Grenze gelegen, steht eine kleine Kapelle. Ihr Fundament ist ein Luftschutzbunker aus dem Zweiten Weltkrieg. Erbaut wurde sie am Rande eines Kriegsgefangenenlagers für bis zu 1.000 deutsche Soldaten unter französischer Besatzung. Der damalige humane französische Lagerkommandant, Jean de Ligny (1908-1976), wollte 1946/47 ein frühes Zeichen der Versöhnung zwischen ehemaligen Feinden setzen, was ihm mit dem Symbol einer Lagerkapelle auch gelang. Sie wurde 1947 katholisch eingeweiht, ist seit 2016 eine Gedenkstätte bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg und steht unter Denkmalschutz.

NS-Zwangsarbeit

Folgt man dem Motto der »Barfusshistoriker« aus den 1980er Jahren, das lautete: *Grabe, wo Du stehst!*, dann entdeckt man verflochtene Erinnerungsschichten und Lebensschicksale ehemaliger Zwangsarbeiter*innen aus Osteuropa, die mit diesem Ort verbunden sind. In der Zeit des Nationalsozialismus gab es drei grosse Betriebe in Singen, die Produkte für die Rüstung herstellten. Das waren der

Nahrungsmittelhersteller Maggi, der sogar ein Werk im besetzten Kiew unterhielt, die Aluminiumwalzwerke und die Georg Fischer Eisen AG. Weil mit Beginn des Krieges ab 1. September 1939 die Männer für die Armee mobilisiert wurden, fehlten bald wichtige Arbeitskräfte. Zunächst rückten vermehrt Frauen auf die leeren Stellen nach. Die 1935 scharf geführte Debatte über das angeblich unmoralische »Doppelverdienertum« spielte keine Rolle mehr. Im Gegenteil, die Frauen sollten nun pflichtbewusst ihren Dienst am Volk leisten und die Heimat, analog zu den kämpfenden Männern, tatkräftig unterstützen. Mit dem ideologischen Überbau einer »Volksgemeinschaft«, zu der man durch »Tugenden« wie Fleiß, Loyalität, Disziplin und Gehorsam dazugehören konnte, wurde die Bevölkerung für die Kriegsindustrie mobilisiert. Dennoch fehlten weiterhin Arbeitskräfte, weshalb in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten Menschen als Zwangsarbeiter*innen festgenommen und mit Zügen in das Deutsche Reich deportiert wurden. Auch hier gab es gemäß der damaligen rassistischen Propaganda eine klare Hierarchie: am unteren Rand und ohne Rechte standen die sogenannten »Ostarbeiter«, Menschen aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Sie mussten ein weissblaues Abzeichen mit der Abkürzung »OST« gut sichtbar auf der Kleidung tragen. Die Archive sind voll mit akribischen Anweisungen für ihre Behandlung. Sie gehörten ebenso wie die anderen Zwangsarbeiter*innen nicht zur Volksgemeinschaft, waren »fremd« und konnten ohne jegliche Konsequenzen

misshandelt oder auch getötet werden. Männer und Frauen, die ab 1942 nach Singen verfrachtet wurden, berichteten später, sie seien in Stuttgart oder Ulm wie Vieh auf einen grossen Platz gestellt worden, um nachfolgend dann auf die Industriebetriebe, Haushalte oder in die Landwirtschaft weitervermittelt zu werden. Alle wurden mit Bild und Registrationsnummer erfasst, was in einer sogenannten Arbeitskarte festgehalten wurde. Diese galt als Ausweis, der mitgeführt werden musste.

Die »Arbeitssklaven Hitlers«, so eine spätere Bezeichnung, lebten bei Industriebetrieben oder großen Fabriken in extra dafür errichteten Lagern. Das Leben spielte sich hinter Stacheldrahtzaun in engen, einfachsten Holzbaracken ab, die im Winter kalt und im Sommer überhitzt waren. Privatsphäre gab es keine in den engen Behausungen, die hygienischen Bedingungen dürften sehr primitiv gewesen sein. Durch Massenunterkünfte und schlechte Nahrung erfolgte somit eine weitere klare Herabsetzung. Die Entrechtlichung wurde im Alltag manifest, ebenso die Abgrenzung von den »Wir«-Deutschen und der Volksgemeinschaft. Solche Lager gab es an verschiedenen Stellen in Singen, wo während des Krieges über 3.000 Zwangsarbeiter*innen interniert waren. Der formal vorgesehene Arbeitslohn war niedrig angesetzt, wurde mit den Unterhaltskosten verrechnet, konnte ohne Angabe von Gründen gekürzt werden und floss aus »Fürsorge« auf betriebliche »Sparkonten«. De facto arbeiteten diese Menschen umsonst, wovon die jeweiligen Arbeitgeber profitierten. Bis

heute gibt es Firmen, die dieses Unrecht nicht aufgearbeitet haben, geschweige denn eine Wiedergutmachung leisten.

Die Nachkriegssituation und *Displaced Persons*

Die Namen der Zwangsarbeiter*innen, ihre Schicksale, Spuren, Erfahrungen und ihr Leiden waren über Jahrzehnte in Ost und West ein Tabu. Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 wurden die *Displaced Persons* so schnell wie möglich wieder in ihre Heimat zurückgeführt. In Singen und Umgebung beklagten die Menschen die neue »Fremdherrschaft« durch das französische Militär und die damit verbundenen Einschränkungen. In den Ortsarchiven gibt es viele Polizeiberichte über Diebstahl von Lebensmitteln oder versuchte sexuelle Übergriffe, begangen entweder durch die nun befreiten Zwangsarbeiter*innen oder die neuen »Fremden«. Somit entstand unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ein neues Opfernarrativ, das von der eigenen Schuld ablenkte. In der Sowjetunion erfuhren die zurückgeführten »Ostarbeiter« großes Misstrauen, da man ihnen eine Kooperation mit dem Feind und ein Drückebergertum während der brutalen Kriegsjahre unterstellte. Sie mussten vor ihrer Rückkehr ein strenges Filtrationsverfahren beim sowjetischen Geheimdienst NKWD durchlaufen. Junge Männer wurden gleich für die Rote Armee gezogen, viele Frauen schlugen sich über weite Strecken zu Fuß in ihre Heimatdörfer durch, einige landeten im berüchtigten Gulag, dem sowjetischen Lagersystem. Die deutschen

Besatzungsstellen im Osten hatten 1942/43 unter Anwendung von brutaler Gewalt auch Kinder, Jugendliche und Frauen zur Zwangsarbeit zusammengetrieben, da Quoten erfüllt werden sollten. Somit waren viele Heimkehrer*innen aus ukrainischen, weißrussischen oder litauischen Dörfern noch jung. In den dortigen schlimmen Hungerjahren nach dem Krieg brauchte man Arbeitskräfte. In der sowjetischen Landwirtschaft wurde weniger nach dem Verbleib in den Kriegsjahren gefragt. Aus späteren Erinnerungen wissen wir, dass eine Frau, die als Verkäuferin in Poltawa arbeiten wollte, ihre Biographie beschönigen und über ihre Zeit als »Ostarbeiterin« schweigen musste. Viele Betroffene handelten so, gerade auch Frauen, die in der Zwangsarbeit Kinder geboren hatten.

Erst in den 1980er Jahren begann eine langsame Thematisierung der massenhaften Zwangsarbeit in vielen deutschen Firmen und Betrieben. Seit der Jahrtausendwende gibt es die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die Entschädigungen auszahlt. Heute leben kaum noch Zeitzeug*innen, aber die Nachfahren der ehemaligen »Sklaven Hitlers« fragen nach den Lebensgeschichten ihrer Großeltern, über die sogar in den Familien geschwiegen wurde. Ein wichtiger Grund, die Namen der Opfer und ihre Lebensgeschichten im kulturellen Gedächtnis zu bewahren.

Erinnerungsarbeit und Kampf um Entschädigungen

Die Theresienkapelle in Singen erinnert an

die Diktatur des Nationalsozialismus und das Leid der Zwangsarbeiter*innen. Maßgeblich dazu beigetragen hat ein Bürger, der als Kind das sogenannte große »Ostarbeiterlager« gesehen hatte, das nach 1945 aufgrund der vorhandenen Infrastruktur dann für deutsche Kriegsgefangene genutzt wurde. Wilhelm Josef Waibel (Jahrgang 1934) erlebte die Einweihung der Kapelle als Messdiener und setzte sich dann später, als das Lager geschlossen war und niemand die Kapelle haben wollte, für ihren Erhalt ein. Noch wichtiger war jedoch seine Geschichtsarbeit. Seit den 1960er Jahren, in Zeiten des Kalten Krieges, versuchte er die jüngste lokale Geschichte aufzuarbeiten. Durch Zufall entdeckte er in dem Singener Betrieb »Georg Fischer« die im Keller aufbewahrten Karteikarten der »Ostarbeiter«. Er schrieb über den Eisernen Vorhang hinweg Briefe in die Sowjetunion, um nach dem Verbleib der Menschen zu fragen. Antworten erhielt er nie, nur eine Einladung zu einem Russisch-Kurs von Radio Moskau. Erst, als die Reformen unter Michael Gorbatschow seit Mitte der 1980er Jahre einen »Wind of Change« zwischen Ost und West ermöglichten, kam Bewegung in die Suche. Ein ukrainischer Journalist in der Stadt Poltawa, Vasyl Koteljar, nahm Kontakt mit Willi Waibel auf. Es erfolgte im August 1989 ein Aufruf in der lokalen Zeitung von Poltawa mit dem Appel: *Ehemalige Zwangsarbeiter aus Singen, meldet Euch*. Daraufhin erhielt Vasyl Koteljar zahlreiche Zuschriften mit Erinnerungen. Viele befinden sich in Übersetzung im Privatarchiv von Willi Waibel.

Mittlerweile sind die beeindruckenden Texte, die Erinnerungen und Tagebücher, übersetzt und digitalisiert. Diese historischen Selbstzeugnisse werden in der Vermittlungsarbeit eingesetzt, da die Opfer somit einen Namen und eine Stimme erhalten. Ebenso enthalten sie Schilderungen über das Leben vor der Deportation in der Sowjetunion, den Weg in die Sklaverei, Arbeits- und Lebensbedingungen in Lagern oder bei Bauern. Wir erfahren etwas über brutale Gewalt von deutschen Faschist*innen, ebenso über hilfsbereite deutsche Mitmenschen. Die Erinnerungen sind eine Verarbeitung der Zwangserfahrung oder zeigen Überlebensstrategien auf. Da Singen nahe an der Schweizer Grenze liegt, konnten einige Zwangsarbeiter*innen flüchten. Ab 1943 wurden sie nicht mehr von den Schweizer Grenzbehörden abgewiesen, sondern ins Land gelassen und dort erneut interniert. Alle Dokumente sollen online für die Geschichtsvermittlung zur Verfügung gestellt werden.

Willi Waibel beließ es jedoch nicht bei dem Briefwechsel mit dem ukrainischen Journalisten, sondern reiste 1991 selbst in das Gebiet Poltawa. Er bat um ein Treffen mit den ehemaligen »Ostarbeitern«, das auch stattfand. Willi Waibel erlebte es mit sehr weichen Knien. Und er entschuldigte sich vor den etwa 200 Versammelten für das erfolgte Unrecht und Leid. Nach seinem Besuch im Gebiet Kobeljaki regte er nicht nur eine Städtepartnerschaft an, die bis heute zwischen Singen und Kobeljaki besteht. Er setzte sich auch unermüdlich für die Aufarbeitung des Themas Zwangsarbeit ein

und forderte massgeblich eine Entschädigung ein. Zahlreichen Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion verhalf er dabei, Dokumente über ihre Zwangsarbeit zu erhalten. Denn nur so konnten sie eine minimale, allenfalls symbolische Entschädigung erhalten. In dem Buch »Schatten am Hohentwiel« arbeitete er die schwierige lokale Geschichte auf, die heute durch die Gedenkstätte vermittelt wird. 2019 erschien ein Dokumentarfilm über Willi Waibel und die gemeinsame gewaltsame Vergangenheit von Singen und Osteuropa (Titel: Der Chronist). So konnten die wichtigen Stimmen von Zeitzeug*innen festgehalten werden. Das Privatarchiv von Willi Waibel wird in das Stadtarchiv Singen übergeben, wichtige Dokumente werden digitalisiert. Der Zeitzeuge Willi Waibel regte 2006 die Gründung eines Fördervereins Theresienkapelle an, der die Geschichts- und Erinnerungsarbeit fortsetzt. Er selbst führt als Zeitzeuge bislang trotz seines hohen Alters interessierte Besucher*innen durch die Theresienkapelle. Zeitlebens hat er sich als engagierter Bürger für Frieden und Versöhnung eingesetzt, das treibt ihn noch immer an.

Material zur Geschichte der Theresienkapelle Singen

70 Jahre Theresienkapelle – Zwangsarbeit, Gefangenschaft und Gottesdienst. Begleitband zur Ausstellung des Stadtarchivs Singen in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Theresienkapelle e. V.. Hegau-Bibliothek Band 178. Hrsg.: Stadtarchiv Singen, Britta Panzer M.A., Dr. Carmen Scheide. Singen (Hohentwiel) 2017.

Ludmilla Owdijenko: Wir sind keine Feinde mehr. Erinnerungen ukrainischer Zwangsarbeiter und ihrer Tochter, 1930er Jahre bis 2009. Hrsg.: Stadt Singen, Dr. Carmen Scheide. Singen (Hohentwiel) 2014.

Zugleich als PDF im open access:

<https://theresienkapellesingen.files.wordpress.com/2017/08/2014-wir-sind-keine-feinde-mehr-red.pdf>

Carmen Scheide: Staatsverfall, Zivilgesellschaft und Zwangsarbeiterentschädigung in der Sowjetukraine. In: Collmer, Peter; Koller, Ekaterina Emeliantseva; Perović, Jeronim (Hg.) Zerfall und Neuordnung. Die »Wende« in Osteuropa von 1989/91. Osteuropa in Geschichte und Gegenwart: Vol. 6 (S. 229-250). Wien Köln Weimar: Böhlau Verlag.

Wilhelm Josef Waibel: Schatten am Hohentwiel. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Singen. Konstanz 1997, 2. Auflage. Zugleich als PDF im open access:

<https://theresienkapellesingen.files.wordpress.com/2017/08/1997-waibel-schatten-am-htwl-klein-2.pdf>

Dokumentarfilm 90 Min.

Der Chronist. Ein Film von Marcus Welsch. Deutschland 2019.

<https://www.derchronistfilm.de/>

Kontakt:

Website Förderverein Theresienkapelle Singen e.V.

<https://theresienkapellesingen.wordpress.com/>

Über die Autorin

Dr. Carmen Scheide ist Vorsitzende des Fördervereins Theresienkapelle Singen e.V. und Historikerin.

Bildung gegen Antisemitismus – eine ehemalige Synagoge als „Schul“

Von Michael Volz

Der Verein Pädagogisch-Kulturelles Centrum Ehemalige Synagoge Freudental (PKC) „bespielt“ die Gedenkstätte in der kleinen Gemeinde am Nordwestrand des Landkreises Ludwigsburg. Anfang der 1980er Jahre hat der Freudentaler Gemeinderat heiß diskutiert, denn das ziemlich marode Synagogegebäude sollte abgerissen werden. Daraufhin haben sich verschiedenste Menschen zusammengefunden, um die „Schul“ – so sagt man auf Jiddisch – nicht nur zu retten, sondern auch zu renovieren und wieder mit Leben zu erfüllen. Dabei stellte sich die Frage, was dieser kleine Verein gegen den Antisemitismus ausrichten kann?

Drei Schritte gegen Antisemitismus

Erstens können wir uns alle – unabhängig von der eigenen religiösen Prägung – vom Judentum das grundlegende Ideal der Bildung anschauen. Die Juden*Jüdinnen gehen in die Synagoge, um zu beten und um zu lernen. Alle mussten und müssen ja lesen können, um ihre Religion auszuüben. Wenn ein jüdisches Kind als Bar Mizwa oder Bat Mizwa (Sohn oder Tochter der Pflicht) religionsmündig und in die Gemeinde aufgenommen wird, muss er oder sie ein Stück aus der Tora vorlesen. Juden wuchsen also oft zweisprachig auf, denn zur religiösen Sprache Hebräisch kam noch die Sprache ihrer Region.

Diese Bildungsgeschichte können wir an den Funden der Freudentaler Genisa aufzeigen. Im Dach der Synagoge wurden ehrfurchtsvoll die nicht mehr gebrauchten Texte und Stoffe abgelegt, die den heiligen Namen Gottes enthalten. Wir zeigen hier Bibelausgaben und Gebetbücher, aber auch Alltagskalender mit der christlichen Zeitrechnung in lateinischer Schrift und der jüdischen Zeitrechnung in hebräischer Schrift.

Zweitens können wir in Freudental zwar „nur“ anhand von Steinen und deren Geschichten vom Judentum erzählen, legen aber den Schwerpunkt auf das blühende Gemeindeleben, welches das Dorf vor allem im 19. Jahrhundert selbstverständlich mitgeprägt hat. Erst anschließend sprechen wir vom Antisemitismus und seinen schrecklichen Auswirkungen. Bei unseren Führungen beginnen wir in der ehemaligen Synagoge mit ihrer beeindruckenden Raumwirkung, erläutern die Funde der Genisa, zeigen das Haus der ehemaligen Mikwe (Tauchbad), erzählen Geschichten über die letzten Wohnorte von Juden*Jüdinnen in Freudental und besuchen gemeinsam den jüdischen Friedhof. An vielen Stellen sind Gemeinsamkeiten zum Christentum bzw. Geschichten über völlig normales nachbarschaftliches Zusammenleben in einer kleinen Landgemeinde zu verorten.

Unsere Besucher*innen lernen hier mehr über das Judentum und dessen Traditionen. So verstehen sie unsere heutige Gesellschaft und auch die stilbildenden Elemente, die wir aus dem Judentum übernommen haben. Dadurch, dass alle Juden*Jüdinnen schon

immer lesen lernen mussten, war der Fortbestand der Religion auch auf die Schultern aller verteilt. Genauso liegt der Fortbestand unserer heutigen demokratischen Gesellschaft in der gemeinsamen Verantwortung von uns allen.

Drittens können wir mit unterschiedlichen Veranstaltungen Menschen aller Altersgruppen ansprechen und mit unseren bescheidenen Mitteln gegen den (leider sehr tief sitzenden) antisemitischen Mythos der jüdischen Weltverschwörung wirken. Wissen ist Medizin gegen sprachliche Verrohung und Aggression, denn wer etwas kennt und durch den Besuch in Freudental vielleicht sogar ein positives Bild davon bekommt, braucht keine Angst mehr davor zu haben.

Drei Beispiele für unsere Arbeit mit jungen Leuten

Anfang Dezember 2020 kamen die Dritt- und Viertklässler der Freudentaler Grundschule mit ihren Lehrerinnen während des Religionsunterrichts (natürlich mit Abstand und Masken) in die ehemalige Synagoge, um das jüdische Fest Chanukka kennen zu lernen. Es waren höchst interessierte Kinder, die „die Synagoge vor ihrer Haustür“ besuchten, von der Wiedereroberung des Jerusalemer Tempels und vom Ölwunder hörten und mit dem Treidel spielten. Sie lernten auch, dass unsere Tradition der Adventskranzlichter erst vor gut 170 Jahren von der Lichtersymbolik der Chanukkia (das ist der besondere achtarmige Leuchter) abgeleitet wurde.

In einem großen Theaterprojekt mit dem

Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen wird die Uraufführung des Stücks „PikAss“ vorbereitet, welches der in Freudental 1888 geborene Julius Marx 1943 im Schweizer Exil verfasst hatte. Es thematisiert einen Tyrannenmord und die 50 Elftklässler*innen beziehen es völlig zu Recht auf die damalige politische Situation der Nazi-Zeit. Unsere Freiwillige im FSJ Kultur gestaltet die Kooperation mit ihrer früheren Schule tatkräftig mit, ist im Lehrerteam beteiligt und bringt ihr Wissen über das Judentum und die Freudentaler Geschichte aktiv mit ein.

Bis zum Frühjahr soll ein „Actionbound“ (eine digitale Variante der Schnitzeljagd) und eine auf dem Landesbildungsserver abrufbare Unterrichtseinheit über Adolf Herrmann aus Freudental entstehen. Dieser junge Mann erlebte als Zehnjähriger die Machtergreifung der Nationalsozialisten; er musste die Diskriminierung der deutschen Juden*Jüdinnen und in den Novemberpogromen die Schändung der Freudentaler Synagoge miterleben. Mit der Hilfe seines jüdischen Lehrers Simon Meisner ist er Anfang 1939 nach Belgien geflohen, wurde aber im Herbst 1942 aus Südfrankreich ins KZ Auschwitz abtransportiert und dort ermordet.

Drei weitere Beispiele für unsere Vermittlungsarbeit

Das PKC bietet auf Anfrage Führungen für Gruppen allen Alters an, bei denen „die Steine zum Sprechen gebracht werden“. Sie dauern – je nach Interesse des Publikums – zwischen zwei und vier Stunden und

führen von der ehemaligen Synagoge durch das Dorf zum Friedhof. Anhand der steinerne-
nen Zeugen zeigen wir sowohl das jüdische
Alltagsleben als auch die religiösen Traditio-
nen einer eher orthodoxen Gemeinde.

Viele Besucher*innen haben eine noch in-
tensivere Lernerfahrung, wenn sie unserem
Theaterspaziergang „Sara und der Wunder-
rabbi“ folgen. Die beiden historischen Figu-
ren nehmen die Gruppe mit ins 19. Jahrhun-
dert und spielen Szenen aus dem Leben der
Freudentalerin Sara Levi und ihres sehr viel
älteren Ehemanns, Rabbiner Josef Schnaitt-
acher. Auf ihrem Weg von der Synagoge
durch das Dorf erklären Rabbiner Schnaitt-
acher und seine Frau unter anderem die
Hochzeitszeremonie, das Schabbatgebet,
die Mikwe, die jüdische Mystik der Kabbala
und die Beerdigungsriten. Tragischerwei-
se fiel der Rabbiner 1834 bei der Prüfung
vor der damals neu gegründeten Israeliti-
schen Oberkirchenbehörde in Stuttgart „we-
gen durchaus unzureichender Kenntnisse“
durch und musste daher sein Amt offiziell
aufgeben. Er war jedoch in Freudental so
beliebt, dass er auf seinem Grabstein als
„Sinai und Bergeversetzer“, als „Pracht und
Zier seiner Gemeinde“ gepriesen wird.

Traditioneller Weise finden im PKC an ein
bis zwei Sonntagen im Monat Konzerte,
Theateraufführungen sowie Vorträge oder
Gedenkveranstaltungen statt. So haben wir
vor zwei Jahren wunderbare Schwarzweiß-
Fotografien von Erich Sonnemann aus
Karlsruhe, der seine Verwandten in Freu-
dental im Sommer 1938 fotografiert hat-
te, ausgestellt. Im Winter vor einem Jahr

präsentierte Professor Andreas Lehnardt
aus Mainz sein neues Buch über die Funde in
der Freudentaler Genisa. Im Frühjahr 2020
haben wir an einem Gedenkwochenende
mit Jugendlichen der letzten verstorbenen
jüdischen Zeitzeugin Suse Underwood ge-
dacht, die 1939 mit einem Kindertransport
nach England geflohen und erst kurz vorher
in London gestorben war. Zusammen mit
ihren Nachfahren haben wir im Garten der
Erinnerung einen Baum gepflanzt.

Lernen in einer „Schul“ ist friedlicher Widerstand gegen Antisemitismus

Bei Führungen und Lerntagen hatten wir
schon mehrfach die Gelegenheit, antisemi-
tische Stereotype – selbst wenn sie „nur“
unbedacht geäußert oder von anderen über-
nommen wurden – zu entkräften oder we-
nigstens zu erschüttern. Wenn wir die Min-
derheiten nicht bloß als Opfer und Verfolgte
wahrnehmen wollen, dann müssen wir ver-
stehen, dass mit antisemitischen Angriffen
unsere Gesellschaft als Ganze angegriffen
wird. Und da es um demokratisches, gleich-
berechtigtes Miteinander aller Menschen
mit ihren unterschiedlichen Meinungen und
Glaubensrichtungen geht, sollten wir uns
mit Blick auf unsere Geschichte wehren. Für
unseren Einsatz ist es jetzt allerhöchste Zeit.
Der friedliche und nachhaltige Weg des Wi-
derstands ist das Lehren und Lernen – zum
Beispiel in einer „Schul“!

Wir laden Sie herzlich ein, das PKC zu besuchen, gerne mit einer Gruppe:

Pädagogisch-Kulturelles Centrum Ehemalige Synagoge Freudental

Michael Volz, Leiter für Pädagogik & Kultur

Isolde Kufner, Leiterin der Geschäftsstelle

Strombergstraße 19

74392 Freudental

Telefon: 07143 – 24151

E-Mail: mail@pkc-freudental.de

Internet: www.pkc-freudental.de

Instagram: [@pkcfreudental](https://www.instagram.com/pkcfreudental)

Über den Autor

Michael Volz hat mehr als 20 Jahre Katholische Religion und Französisch, Theater und Jonglieren am Gymnasium unterrichtet. Seit 2018 empfängt er als Leiter für Pädagogik & Kultur viele interessierte Gruppen im PKC und ist verantwortlich für das abwechslungsreiche Kulturprogramm in der ehemaligen Synagoge.

Dokufiktionen als Zweites Leben in Gedenkstätten

Von Gabriele Valeska Wilczek

Im September 2019 konnte die Stadt Breisach auf das 1650. Jahr ihres Bestehens zurückblicken und hat dieses u.a. mit einem großen Festwochenende gefeiert. Der Beitrag der Gedenkstätte zur Geschichte der Juden am Oberrhein (das Blaue Haus) zu diesem Ereignis war die Konzeption und Einrichtung einer ersten Dauerausstellung mit dem Titel „Jüdisches Leben in Breisach 1931“. Zur Eröffnung waren Nachkommen der jüdischen Familien Breisachs aus Großbritannien und den USA angereist. Sie besuchten als Erste gemeinsam mit Schulklassen der Hugo-Höfler-Realschule Breisach, mit der die Gedenkstätte eine enge Kooperation unterhält, die Ausstellung.

Der historische Ort

Die Ausstellungsräume befinden sich im Obergeschoss des ehemaligen jüdischen Gemeindehauses, in dem 700 Jahre Breisacher Geschichte ablesbar sind. Das Gebäude wurde im 17. Jahrhundert an die alte Stadtmauer aus dem 14. Jahrhundert angebaut. 140 Jahre lang war es ein von Christen betriebenes Gasthaus im jüdischen Viertel Breisachs. Im Jahr 1829 erwarb die jüdische Gemeinde das Haus, um eine Schule für ihre Kinder einzurichten. Nach der rechtlichen Gleichstellung der Juden*Jüdinnen wurde es als Gemeindehaus genutzt. Die Kantoren mit ihren Familien lebten hier, nachdem das Bezirksrabbinat 1885 nach Freiburg verlegt worden war. Der letzte Kantor

war Michael Eisemann, der 1923 mit seiner Frau Clara und den zwei Söhnen Rolf und Ludwig aus Buchen im Odenwald nach Breisach zog. Die Familienmitglieder sind die Hauptprotagonist*innen der Ausstellung.

In „Jüdisches Leben in Breisach 1931“ gibt es mehr zu Hören als zu Sehen, das bietet eine Chance für Imagination und Forscherdrang. Erst mit dieser Ausstellung können Besucher*innen das Haus und seine Bedeutung eigenständig erschließen. In jedem Ausstellungsraum, der Küche, dem Herrenzimmer, dem Kinderzimmer und dem Gemeindezimmer laden Hörstationen dazu ein, etwas über den Alltag im Hause von Familie Eisemann und vom Leben der jüdischen Gemeinde zu erfahren. Es ist das Jahr 1931, eine Zeit relativ guter Nachbarschaft zwischen Christ*innen und Juden*Jüdinnen, im Jahreslauf die Zeit kurz vor dem Pessachfest. Die Gestaltung des Gemeindezimmers führt die Besucher*innen in das Jahr 1939, als die Restgemeinde hier einen Beiraum zum heimlichen Abhalten ihrer Gottesdienste einrichtete.

In den eineinhalb- bis dreieinhalbminütigen Hörspielen kann man beispielsweise in der Küche Clara Eisemann und der christlichen Haushälterin Franziska zuhören, wie sie sich über die Vorbereitungen zum Pessachfest unterhalten, welche Rezepte sie verwenden und wo und bei wem man am besten die Zutaten dafür einkauft. Dabei ist auch Tratsch aus der Judengasse. Im Herrenzimmer wird nachvollziehbar, wie der Kantor an einer Trauerrede arbeitet und mit den Formulierungen ringt und wie die Hausherrin bei

gedecktem Schabbattisch auf die Rückkehr ihres Mannes Michael mit den Söhnen Rolf und Ludwig vom Synagogengottesdienst wartet. Die Brüder kommen im Kinderzimmer zu Wort, erzählen sich von einem Geheimnis aus der Schule und über Freizeitaktivitäten. Das Gemeindeleben wird durch die Gespräche des Synagogenvorstehers mit dem Kantor lebendig, im Gemeindegemach erhalten die Jungen und Mädchen ihren Hebräischunterricht und werden auf ihre Bar-Mizwa und Bat-Mizwa vorbereitet.

Die kleinen Hörspiele nach wahren Begebenheiten sind dialogisch aufgebaut und mit passenden Geräuschkulissen hinterlegt. Jeder Beitrag beruht auf historischer Recherche, auf Archivmaterial des Blauen Hauses, auf Interviewaufnahmen¹ der Gedenkstätte mit Zeitzeugen, insbesondere mit Ralph Eisemann, dem jüngsten Sohn des Kantors Michael Eisemann. Er erzählte 1999 den Mitgliedern des Fördervereins im noch unrenovierten Haus von seiner Kindheit. Der bedeutendste Zeitzeuge war Hans David Blum, der in der Nachbarschaft des Gemeindehauses aufgewachsen war und mit seinem Buch „Juden in Breisach“ (Blum 1998) zum Chronisten der jüdischen Gemeinde der Stadt wurde.

Ein weiterer Raum mit dem Thema „Nach der Shoah“ wird im Frühjahr 2021 eröffnet. In ihm werden die Lebenswege der

¹ Interviews und Filmausschnitte aus „Judengasse. Der Faden ist gerissen“, Imago-Film Bodo Kaiser, Freiburg 2001, „Das Elternhaus. Ralph Eisenmann und das ehemalige jüdische Gemeindehaus Breisach“, Imago-Film Bodo Kaiser 2004.

Familienmitglieder Eisemann nach 1939 erzählt. Eine Schausammlung mit Objekten, die dem Blauen Haus von Holocaustüberlebenden und ihren Familien anvertraut wurden, ist dafür in Vorbereitung.

Lebenszeugnisse zum Ende der Zeitzeugenschaft

Was ist Dokumentation, was Fiktion an den Hörspielen? Sie orientieren sich so eng wie möglich an dem, was wir direkt von den Zeitzeugen erfahren haben und erzählen in dem gewählten Setting, Breisach kurz vor dem Pessachfest 1931, die kolportierten, schriftlich oder durch Videoaufnahmen dokumentierten Erzählungen. Die Zeitzeugen selbst und ihre Angehörigen, von denen wir erfahren, werden für die Besucher*innen des Hauses erlebbar, ja, sie erhalten gewissermaßen ein zweites Leben. Sie und die jüdische Gemeinde werden auf diese Weise erinnert. Ihre Geschichten regen zu einer intensiven Auseinandersetzung an, welche die Besucher*innen ganz direkt aus dem eigenen in den Alltag der Kantorenfamilie abholt. Junge Besucher*innen haben uns gefragt, ist das die Stimme von Kantor Eisemann, spricht er selber? Solche Wahrnehmungen gehören in die Kategorie der medialen Rezeption, wie sie auch andere Medien kennen. Ich erinnere Besucher*innen des nahen Glottertals, die nicht glauben wollten, dass am Drehort der Fernsehserie „Schwarzwaldklinik“ der Klinikchef Professor Brinkmann keine reale Person ist und die Klinik nicht zu besuchen ist oder der See aus dem Trailer, nämlich der Titisee, sich nicht im gleichen Tal befindet.

Die Problematik, vor der wir seit einigen Jahren stehen, ist die Tatsache, dass die Begegnungen mit Überlebenden des Holocaust immer weniger möglich werden. Die Zeitzeug*innen werden nur noch selten als reales Gegenüber erlebbar, sondern nur noch in Interviewaufnahmen. Solche Dokumente sind biografische und kulturelle Schätze, die uns die Holocaustüberlebenden hinterlassen haben. Sie stehen für die pädagogische Arbeit inzwischen in zahlreichen Museen, Gedenkstätten oder Dokumentationszentren in wachsender Zahl zur Verfügung und sind auch online zugänglich. Je nach Nutzung dieser Lebenszeugnisse in einem Hörspiel, das durch Zustimmung und Wissen der Beteiligten zustande gekommen ist, könnten dieses als „zweites Leben“ innerhalb einer musealen Inszenierung interpretiert werden.

Die Faktoren, die diese Hypothese stützen, müssten jedoch an anderer Stelle bestimmt werden und könnten die Rezeptionssituation, die Haltung der Rezipient*innen oder die direkte oder indirekte Zustimmung der jeweiligen Quellen, der erzählenden Personen, beinhalten.

Ein sorgsamer und sensibler Umgang mit den jeweiligen Lebenszeugnissen ist von größter Bedeutung. Im Falle „unserer“ Geschichten können wir auf Interviewmaterial zurückgreifen, das mit Wissen der Beteiligten oder deren Angehörigen hergestellt wurde. Bei der Herstellung der Texte ging es darum, Erzählfäden zu spinnen und zu verbinden. Da seit Gründung des Fördervereins (1999) ein wichtiger Teil seiner Arbeit im

Kontakt mit den Nachfahren der Breisacher Juden*Jüdinnen besteht, waren einige auch in das Projekt der Musealisierung des ehemaligen jüdischen Gemeindehauses einbezogen. In ihrer Anwesenheit wurde die Ausstellung im September 2019 eröffnet, wer nicht anreisen konnte, bekam die Hörspiele geschickt, in denen ihre Familie eine Rolle spielt. Die Entscheidung, alle Hörspiele ins Englische zu übersetzen und aufnehmen zu lassen, erleichtert die Kommunikation mit Nachkommen, die nicht deutsch sprechen.

Pädagogische Arbeit mit Hörspielen

In der Arbeit mit Schüler*innen bieten die Hörspiele viele Arbeitsansätze und Vertiefungsebenen, die stetig weiterentwickelt und mit zusätzlichen Materialien ergänzt werden können.² Jugendliche können aus der jeweiligen Perspektive der Familienmitglieder deren Alltag mit Freundschaften, Freizeitbeschäftigungen und Schule, Einkäufen und Vorbereitungen auf das Pessachfest oder die vielfältigen Aufgaben des Kantors erkunden. Sie geben Anregung zum Erforschen der jüdisch-christlichen Nachbarschaft, des religiösen und des Familienalltags und damit dem Leben in Breisach 1931. Gleichzeitig ermöglicht die Auseinandersetzung mit den historischen Personen am authentischen Ort, im ehemaligen jüdischen Viertel, einen lebensnahen Einblick in eine (noch) funktionierende jüdisch-christliche Nachbarschaft. Die Biografien und

² Hierzu gehören z.B. ein Glossar zu jüdischen Begriffen, das Breisacher Einwohnerverzeichnis 1928/29, Lesemappen zu Breisacher jüdischen Familien, den beiden jüdischen Friedhöfen oder zum Thema Patientenmorde.

Erfahrungen der Bewohner*innen des Jüdischen Gemeindehauses können mit der eigenen Lebenssituation in Beziehung gesetzt werden. Auch ganz praktische Übungen lassen sich einbinden. Die Schüler*innen verorten das Haus und die Wohnorte der Personen, denen sie in den Hörspielen begegnen, auf dem historischen Stadtplan, sie suchen nach den Berufen im Einwohnerverzeichnis von 1928/29 oder begeben sich mit dem Friedhofsplan, den die Gedenkstätte erstellt hat, auf die Suche nach den Gräbern der Breisacher Jüdinnen*Juden.

In einem sich daran anschließenden zweiten Teil eines Workshops kann erarbeitet werden, wie die Machtübernahme der Nationalsozialisten das Leben der Familie und der Juden*Jüdinnen in Breisach dramatisch veränderte. Für alle bedeutete sie den Verlust der Heimat und ihrer Rechte, für die Mehrheit Exil, für viele Haft in einem Lager oder den Tod. Aus der Perspektive von Ralph Eisemann, der 1999 als Großvater sein Elternhaus besuchte, erzählt das Hörspiel „Der schmerzhaft Blick zurück“ die Verfolgungsgeschichte der Eisemanns.

Zurück zur Ersterkundung der Ausstellung mit den Schülerinnen und Schülern der Hugo-Höfler-Realschule, Elaine Wolff aus den USA, deren Mutter Paula Wurmser 1919 in Breisach geboren und gegenüber vom Blauen Haus aufgewachsen ist, und Robert Geismar aus London, dessen Familienwurzeln in Breisach bis in das 17. Jahrhundert reichen. Nach einer kreativen Umsetzung der Hörspiele in Bildergeschichten, einer Arbeitsplatzbeschreibung des Kantors oder einem

Theaterstück, haben sich die Jugendlichen intensiv mit Elaine Wolff, Robert und Hillary Geismar und Steve Stoneburn ausgetauscht. Letzterer vertrat die Familie seiner Frau Michelle Eisemann-Stoneburn. Persönliche Erfahrungen mit Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierungen kamen zur Sprache. Aus dem gemeinsamen Blick zurück schloss sich wie selbstverständlich eine Auseinandersetzung mit der Situation heute und den eigenen Biografien an. In Gegenwart der Zeitzeugen der zweiten Generation gelang dies in besonders eindrucksvoller Weise, was die Bedeutung der Einbindung dieses Personenkreises in die Arbeit mit den Jugendlichen unterstreicht.

Literatur

Hans David Blum: Juden in Breisach. (Hrsg.) Erhard Roy Wiehn. Konstanz 1998.

Weitere Informationen:

www.blaueshausbreisach.de

Alle Hörspiele sind auf der [Webseite abrufbar](#).

Über die Autorin

Dr. Gabriele Valeska Wilczek ist seit 2017 an der Gedenk- und Bildungsstätte für die Geschichte der Juden am Oberrhein (Blaues Haus Breisach) für den Bereich Bildung und Vermittlung verantwortlich.

Die Kulturwissenschaftlerin beteiligt sich aktuell mit dem Team des Blauen Hauses am Projekt der Gedenkstätte „Breisach/ Oświęcim: Spurensuche und Multiplikator*innentraining zum Internierungslager Gurs in Südfrankreich. In dessen Mittelpunkt steht die Erkundung der Schicksale von Breisacher Jüdinnen*Juden, die im Oktober 1940 nach Südfrankreich und ab August 1942 von dort über Drancy bei Paris nach Auschwitz deportiert worden sind.

Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945.

Von Tanja Kleeh

Mit „Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die ‚zweite Geschichte‘ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945“ legt Marco Brenneisen eine umfangreiche Analyse der Aufarbeitung und des damit verbundenen Gedenkens an die südwestdeutschen Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler vor. Erst 2020 erschienen, ist das Buch äußerst aktuell und umfasst den aktuellen Forschungsstand und die neuesten Forschungsperspektiven.¹

Wie Marco Brenneisen zu Beginn darlegt, folgt er mit seiner Interpretation des Umgangs mit den Außenlagern von 1945 bis zur Gegenwart als „zweite Geschichte“ den Ansätzen von Peter Reichel, Harald Schmid und Peter Steinbach: Diese haben den Begriff in den wissenschaftlichen Diskurs eingebracht, „um zu verdeutlichen, dass ‚dessen [des Nationalsozialismus] Nachgeschichte zugleich Loslösung von Vergangenheit, aber auch Integration der Geschichte in das Nachkriegsbewusstsein bedeutete“ (S.29).

Brenneisens Beobachtungen zu den einzelnen Lagern endet überwiegend 2010, in Einzelfällen auch 2015. Den Schlusspunkt setzt er spätestens bei der Errichtung einer Gedenkstätte. Neben bestehenden

¹ Es handelt sich um eine leicht bearbeitete Version der Doktorarbeit des Autors (2019).

Publikationen zu einzelnen Außenlagern greift Brenneisen vor allem auf Quellen zurück. „Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen“ ist daher in vielerlei Hinsicht eine Pionierarbeit.

Die Außenlager im Südwesten

Im ersten Kapitel des Buches widmet sich Brenneisen der Geschichte des KZ-Komplexes Natzweiler, beginnend mit dem Eintreffen der ersten 300 Häftlinge im Mai 1941. Dabei gibt der Autor Einblicke in die sich verändernde Häftlingsstruktur: Waren anfangs hauptsächlich „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ dorthin verschleppt worden, kamen mit der Zeit immer mehr sogenannte politische Häftlinge in das Konzentrationslager. Alle mussten Zwangsarbeit für die SS verrichten, beispielsweise im nahegelegenen Steinbruch. In Kooperation mit der Rüstungs- und Luftfahrtindustrie entstanden auf dem Lagergelände Werkstätten. Zudem wurden „ab Ende 1942 pseudowissenschaftliche Experimente an Häftlingen durchgeführt“ (S.53). Hierfür kooperierte die SS mit der medizinischen Fakultät der Universität Straßburg, zu diesem Zeitpunkt „Reichsuniversität“.

Dem Schwerpunkt der Monographie geschuldet, wirft Brenneisen einen genaueren Blick auf das System der Außenlager. Über die genaue Anzahl dieser herrscht laut Brenneisen in der Forschung Uneinigkeit. Unterschiedliche Zählweisen und die uneinheitliche Verwendung von Begrifflichkeiten führten zu Diskrepanzen, was jedoch Brenneisen zufolge nicht nur den

Lagerkomplex Natzweiler betrifft. Brenneisen geht nach Abwägung sämtlicher Kriterien von insgesamt 54 Außenlagern aus. 13 davon sind in Lothringen und dem Elsass errichtet worden, 41 ehemalige Außenlager im Südwesten Deutschlands zu finden. Eine entsprechende Auflistung, die auch den Schwerpunkt der Arbeitseinsätze zuordnet, ist am Ende der Monographie zu finden.

Die Geschichte dieser einzelnen Lagerstandorte werden in „Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen“ kurz nachgezeichnet, so dass es zu jedem Lager einen kurzen Abriss gibt. Dabei unterscheidet Brenneisen grob zwischen Konzentrations(außen)lagern für SS-eigene Zwecke und denen für die Rüstungsproduktion, Verlagerungs-, Bau- und Sonderprojekte. Einen kurzen Blick wirft der Autor zudem auf das zivile Umfeld der Außenlager. Ab Frühjahr 1944 existierte das Konzentrationslager als abgeriegeltes, „geheimer Ort des Terrors“ immer weniger: Die Außenlager waren fester Bestandteil des (Kriegs-)Alltags der Zivilbevölkerung. Wie Brenneisen festhält, befand sich die Mehrzahl der Außenlager „in unmittelbarer Nähe von Städten und Gemeinden, viele an den Ortsrändern, vereinzelt sogar inmitten von Wohngebieten“ (S.124). Berührungspunkte habe es vor allem an den Arbeitsstätten gegeben. Jedoch auch darüber hinaus waren die Häftlinge nicht zu übersehen, etwa wenn sie in Kolonnen durch die Ortschaften zu ihren Arbeitsorten und zurück zum Lager marschierten. Brenneisen resümiert: „Es bestanden administrative, wirtschaftliche und private Verflechtungen zwischen den

Orten und den Konzentrationslagern bzw. deren Verwaltung und Wachmannschaften“ (S.132). Der vielfach bezeugte Mythos, die Zivilbevölkerung habe von nichts gewusst, wird hier widerlegt.

Vergangenheitsaufarbeitung

Marco Brenneisen teilt im Hauptteil seiner Studie die „zweite Geschichte“ der Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler im deutschen Südwesten in fünf Phasen auf. Die erste beginnt direkt nach Kriegsende und dauert bis 1949. Bereits in dieser Phase wurden Gedenktafeln und Mahnmale errichtet, meist von ehemaligen Häftlingen, die zurückkehrten, um vor den Alliierten Zeugnis abzulegen „oder um sich für ein Zeichen der Erinnerung an die verstorbenen Mithäftlinge einzusetzen“ (S.139). Die deutsche Bevölkerung beschäftigte sich kaum mit den Lagern und errichtete Denkmäler meist nur auf Befehl der Alliierten. Dies sei auch bei den Orten der Außenlager nicht anders gewesen, so Brenneisen. Beispielfhaft verweist er auf das ehemalige Lager in Vaihingen an der Enz, dessen Lagerfriedhof bereits 1946 erst nach Mahnungen von Seiten der alliierten Behörden gepflegt wurde. Brenneisen widmet sich ausführlich den einzelnen Friedhöfen, verfolgt ihre Entstehung und die (Nicht-)Annahme durch die Bevölkerung.

In Phase zwei, die Brenneisen als geprägt von französischem Gedenken und deutschem Verwaltungspragmatismus definiert und in der Dekade von 1949 bis 1959 ansetzt, wies an den ehemaligen Lagerstandorten nichts mehr auf diese hin.

„Barackenlager wurden abgerissen, überbaut oder zu unterschiedlichen Zwecken von den Kommunen oder lokalen Firmen weiter genutzt.“ (S.189) Die französischen Behörden bemühten sich nichtsdestotrotz, die Ruhestätten französischer KZ-Häftlinge zu erfassen und die sterblichen Überreste bei erfolgreicher Identifizierung nach Frankreich zu überführen. Daran änderte sich auch mit Gründung der Bundesrepublik 1949 nichts. Brenneisen zeichnet auch diese Bemühungen haarklein für unterschiedliche Standorte nach, arbeitet dabei Besonderheiten wie etwa die Inschriften der errichteten (Gedenk-) Tafeln heraus und interpretiert die Bedeutungen dieser hinsichtlich der genutzten Sprache – französisch – und den Inhalten. Im Zentrum dieser zweiten Phase steht das deutsch-französische Abkommen vom Oktober 1954, indem die zukünftige Gestaltung von Denkmälern und Mahnmälern geregelt wurde. Die individuelle Umsetzung dauerte jedoch oftmals noch an.

Wie sehr das Gedenken und die Aufarbeitung der Geschichte an den Standorten der Außenlagern vom persönlichen Einsatz einzelner Personen abhängig war, zeigt Brenneisen in dem als Phase drei betitelten Abschnitt seiner Arbeit. Darin porträtiert der Autor den Pfarrer Fritz Majer-Leonhard, der sich gegen die Mentalität des Schlusstrichs stellte und „damit vielerorts den Grundstein für spätere erinnerungskulturelle Entwicklungen legte“ (S.227). Majer-Leonhard leistete diese Arbeit unter anderem in seiner Funktion als Leiter der Hilfsstelle für Rasseverfolgte bei der Evangelischen Gesellschaft

Stuttgart, in deren Rahmen er selbst Nachforschungen zu Verfolgten des NS-Regimes betrieb und sich für ein würdevolles Gedenken einsetzte.

Brenneisen findet in dieser Phase auch die ersten Anzeichen für eine Wende in der Auseinandersetzung mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus die schließlich in der vierten Phasen ab 1978 bis 1995 besonders deutlich wird: Die gesellschaftliche Auseinandersetzung vor Ort beginnt, überwiegend jüngere Menschen befassen sich mit der Geschichte der Konzentrationslager vor Ort und stoßen eine Diskussion darüber an. Die „Gedenkstättenbewegung“ erfasst in den 1980er Jahren auch den Südwesten der Bundesrepublik: „Es bildeten sich Geschichtswerkstätten und lokale Arbeitskreise“ (S.313) – die Grundlage für die bis heute bestehenden oder sich gründenden Initiativen. Als Impulsgeber hierfür sieht Brenneisen den 1978 erschienenen Band „Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegsführung. Sieben württembergische Außenkommandos des Konzentrationslagers Natzweiler/Elsaß“, der grundlegende Forschungsarbeiten zu sieben Außenlagern enthielt. Es folgten zahlreiche Debatten an den einzelnen Orten, die nicht nur das Gedenken an sich, sondern auch die „korrekte“ Form beinhalteten und sich von Ort zu Ort unterschieden. Immer wieder mussten die Ehrenamtlichen in Kooperation mit Historiker*innen gegen die Schlusstrichmentalität vor Ort argumentieren.

Erst seit Mitte der 1990er sieht Brenneisen

Lernen aus der

■ Geschichte

Empfehlung Fachbuch

die KZ-Gedenkstätten als festen Bestandteil der politischen Kultur etabliert – auch im Südwesten Deutschlands. Daher gilt ihm diese als Phase fünf der lokalen Erinnerungskultur. Es wurden nach und nach Gedenkstätten mit Ausstellungen und pädagogischen Konzepten errichtet, die über die Geschichte der ehemaligen Lagerstandorte bis heute informieren. Viele gingen aus den Initiativen der vierten Phasen hervor und „blicken somit auf eine lange und konfliktreiche Entstehungsgeschichte zurück“ (S.488). Zu dieser Geschichte gehört seit 1994 auch die Etablierung eines Gedenkstättenreferats.

Marco Brenneisen: Schlusstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die ‚zweite Geschichte‘ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945, Stuttgart 2020, 6,50€.

Fazit

„Schlusstriche und lokale Erinnerungskulturen“ ist eine detaillierte Aufarbeitung der „zweiten Geschichte“ der Außenlager des Konzentrationslager Natzweiler seit 1945. Marco Brenneisen legt mit seiner Studie eine umfassende Betrachtung der einzelnen Standorte vor, ordnet sie jedoch stets in den Gesamtdiskurs der Erinnerungskultur ein. Anhand der Geschichte einzelner Außenlager ist es möglich, den erinnerungskulturellen Diskurs der Bundesrepublik seit 1945 nachzuverfolgen. Daher eignet sich „Schlusstriche und lokale Erinnerungskulturen“ nicht nur für den Einsatz der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts oder der Gedenkstättenbesuche im Südwesten, sondern in der gesamten Bundesrepublik.

Ausgrenzung, Raub, Vernichtung

Von Lucas Frings

Mit „Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und ‚Volksgemeinschaft‘ gegen die Juden Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945“ ist 2019 ein Sammelband erschienen, der einen umfangreichen Blick auf die Vorgänge in Südwestdeutschland gibt. Die 42 Beiträge sind in fünf Kapitel geordnet, die der chronologischen Entwicklung und zunehmenden Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen*Juden in Württemberg und Hohenzollern von 1933 bis nach dem Kriegsende folgen. Die abgedruckten Aufsätze sind eine Mischung aus landesweiten Entwicklungen und Folgen der nationalsozialistischen Politik, etwa zur Bedrängung von Berufsgruppen, sowie Lokalstudien, insbesondere zur Situation jüdischer Wirtschaftsunternehmen und der Bereicherung an Privatpersonen und jüdischen Gemeinden. Im Folgenden soll anhand der Vorstellung einzelner Texte eine repräsentative Übersicht gegeben werden.

Im ersten Beitrag, außerhalb der Struktur der Veröffentlichung, stellt Martin Burkhardt die Wirtschafts- und Berufssituation der Juden*Jüdinnen vor 1933 in der Region dar. Anhand von zeitgenössischen Statistiken und eigenen Berechnungen widerlegt er dabei auch die antisemitische Behauptung einer jüdischen Wirtschaftsdominanz. Den ersten beiden Kapiteln ist jeweils ein Überblick über antijüdische Gesetze und Verordnungen von Nicole Bickhoff

vorangestellt. Durch die kommentierten Auszüge aus dem Reichsgesetzblatt wird dabei auch erkennbar, inwieweit spätere Erlasse auf der Gesetzgebung der ersten Jahre des NS-Regimes aufbauten und durch sie ermöglicht wurden.

Erste Angriffe bis 1935

Die Entrechtung jüdischer Rechtsanwält*innen fasst Susanne Wein zusammen. Dabei kann sie sich auf die beeindruckende, schon 1965 veröffentlichte, biographische Übersicht des ebenfalls verfolgten Juristen Alfred Marx stützen, hat jedoch noch eine Vielzahl weiterer Quellen herangezogen. Wein geht dabei auf die jüdischen Jurist*innen als „besonderes Hassobjekt der Nationalsozialisten“ (S. 60) ein und beschreibt vier Phasen der Verfolgung. Auf den frühen Terror durch gewaltsame Übergriffe und die Stigmatisierung, etwa durch eine Auflistung im Stuttgarter NS-Kurier, folgten die gesetzliche Ausgrenzung, zunehmende Verschärfungen und Verhaftungen und das vollständige Berufsverbot 1938. Die finanzielle Ausbeutung, Deportationen und die Ermordung der Jurist*innen wird anhand der beispielhaften Biographien, unter anderem der von Fritz Bauer, dargestellt.

Die Versuche ihrer Großeltern, das eigene Schuhgeschäft zu erhalten und vor antisemitischen Verunglimpfungen zu schützen, schildert Amelie Fried. Franz Fried überträgt den Betrieb bereits im Mai 1933 auf seine nichtjüdische Ehefrau Martha Fried. Ihre Bemühungen gegenüber den Behörden, das Schuhhaus Pallas als „deutsch“

anerkennen zu lassen, fruchten nicht: Das Geschäft wird fortlaufend als „jüdisch“ markiert und drangsaliert. Weitere Versuche, das Schuhhaus zu schützen, durch die Übertragung auf den Sohn, einen geplanten Unternehmenstausch mit einem Grazer Nationalsozialisten und später die Einsetzung eines Mitglieds der Waffen-SS als Kommanditisten ändern nichts an der Stigmatisierung. 1939 entschließt sich das Ehepaar zu einem drastischen Schritt, um die Anerkennung als „arisches Geschäft“ zu erlangen, lassen sich (pro forma) scheiden. 1943 verfügt das Wirtschaftsministerium dennoch die Schließung des Geschäfts. Die Scheidung scheint interessanterweise nicht bei allen Stellen der NS-Bürokratie angekommen zu sein, bei Münchener Behörden wird Franz Fried weiterhin als verheiratet geführt. Denn obwohl Franz Fried Zwangsarbeit und Konzentrations- und Deportationslager erleiden muss, ist es möglich, dass ihn dieser Eintrag vor schlimmeren Maßnahmen bewahrt hat.

Wirtschaftliche Plünderung

Über „Arisierungshyänen“ in Württemberg schreibt Cornelia Rauh. So wurden zur NS-Zeit als auch während der Entnazifizierung diejenigen bezeichnet, die sich an der Verdrängung von Jüdinnen*Juden aus dem Wirtschaftsleben bereicherten (Vgl. S. 251). Rauh legt dar, welche Rolle Korruption bei der „Arisierung“ von Betrieben unter dem Gauleiter Wilhelm Murr spielte. 1936 wurde eine „Vermittlungszentrale“ gegründet, die „Arisierungen“ in Gang setzen und begleiten sollte. So durften insbesondere verdiente Parteigenossen enteignete

Unternehmen erwerben, zu Beginn Mitarbeiter und Bekannte der Gauleitung – vom Historiker Frank Bajohr als „Förderprogramm für NSDAP-Mitglieder“ bezeichnet. Auch mittellose Parteimitglieder konnten Häuser und Betriebe erwerben, da ihnen Gauleitungsmitglieder in Gremien der Württembergischen Landessparkasse problemlos Kredite zusprachen. Auch Zahlungen auf ein Konto der Gauleitung beförderten die Übernahme ehemals jüdischer Geschäfte.

Die Geschichte der bereits bei Rauh erwähnten Schramberger Majolikafabrik für Steingut und Porzellan betrachtet Carsten Kohlmann. Auf eine lange Tradition des Handwerks in der Stadt zurückblickend, gründeten die Brüder Moritz und Leopold Meyer ihr Unternehmen im Jahr 1912. In der Stadt anerkannt, sahen sie sich ab 1930 den Anfeindungen der NSDAP-Ortsgruppe ausgesetzt. Ab 1937 bekamen sie verstärkt den Druck des Bürgermeisters Fritz Arnold zum Verkauf der Firma zu spüren, der mit und im Anschluss an ihre Verschleppung in das KZ Dachau im Zuge der Novemberpogrome 1938 gipfelte. Nur durch die Verpflichtung zum Verkauf des Unternehmens und zur Auswanderung konnten die Brüder nach Schramberg zurückkehren. Die bereits im November geführten Verhandlungen mit Übernahmeinteressenten durch Arnold zeichnet Kohlmann detailliert nach. Einen spannenden Aspekt stellt auch die Zeit nach 1945 dar. Der neue Bürgermeister Christian Breiter bemühte sich früh um einen Kontakt zum 1939 in die USA geflohenen Leopold

Meyer und dem ebenfalls 1939 nach Großbritannien geflohenen Moritz Meyer, um eine Rückübereignung zu vollziehen und vor „Konjunkturrittern“ (S. 358), so Breiter, zu schützen. Die Majolikafabrik wurde 1948 restituiert und von Moritz Meyer fortgeführt.

Bereicherung durch Kommunen

Wie sich die Stadt Stuttgart vor allem durch Immobilienzwangsverkäufe von jüdischen Eigentümer*innen bereicherte dokumentiert Josef Klegraf. Insbesondere nach den Novemberpogromen 1938 erwarb die Stadt Wohn- und Geschäftshäuser sowie Grundstücke deutlich unter Wert und profitierte von ihrer Verwaltung, die vor privaten Interessent*innen von einem anstehenden Verkauf erfuhr. Die in 56 Fällen erstandenen Immobilien wurden unter anderem als Ämter der Stadt oder verschiedene Heimformen genutzt. Intensiv hat sich Klegraf auch mit der Restitution durch die Stadt Stuttgart befasst. Vor Gerichten trafen ehemalige Besitzer*innen, deren Erb*innen oder – falls nicht zu ermitteln – die „Jewish Restitution Successor Organisation“ ausgerechnet auf Vertreter des Stuttgarter Liegenschaftsamtes, die bereits in der NS-Zeit die Zwangsverkäufe abgewickelt hatten. Penibel wurden Mieteinnahmen, Steuern und Abgaben berechnet, um sich, wie in den meisten Fällen, vor dem Amtsgericht auf einen Vergleich zu einigen. Ging ein Haus in den Besitz der Stadt über, zahlte sie eventuell durch den NS-Staat einbehaltene Gelder zuzüglich der Mieteinnahmen nach dem Kauf aus. Wurde ein Grundstück zurückerstattet, zahlten die

Besitzer*innen den ursprünglichen Kaufpreis abzüglich der Hälfte der Mieteinnahmen an die Stadt. Über die Angemessenheit der Verkaufssumme in der NS-Zeit wurde nicht verhandelt.

Mehrere Beiträge befassen sich mit dem finanziellen Raub im Zuge der Deportationen der jüdischen Bevölkerung ab 1941. Martin Ulmer beschreibt die Versteigerungen, die anfangs Jüdinnen*Juden noch privat durchführten, ab Winter 1941 aber zunehmend als Zwangsversteigerungen durch Kommunen organisiert wurden. Am Beispiel des Zwangsaltenheims Eschenau bei Heilbronn zeigt Ulmer auf wie groß das Interesse der lokalen Bevölkerung an Mobiliar, Kleidung und Hausrat war, direkte persönliche Bereicherung durch Angehörige der Partei, Polizei, Gestapo und Finanzbehörden stattfand und durch Bestechung Vorteile bei den Versteigerungen gewährt wurden. Der Autor verdeutlicht, wie skrupellos die ehemaligen Nachbar*innen und Händler vorgingen und wie die staatliche Organisation den Raub legitimierte.

Der Zeit nach 1945 und den Restitutionsvorgängen widmet sich das letzte Kapitel. Mehrere Beiträge beschäftigen sich mit der Stadt Horb am Neckar, etwa am Beispiel der Familie Esslinger im Text von Heinz Högerle. Die Familie musste ihr Textilgeschäft 1938 schließen, wurde 1941 nach Lettland deportiert, wo sich ihre Spur verliert. Eine Freundin der Familie, Agnes Hermann, bemühte sich im Auftrag der Nachkommen um eine Wiedergutmachung. Das Landesamt für Wiedergutmachung bedrängte sie

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

und die Familie Esslinger, forderte Belege ein und sprach den beiden über Jahre die Bevollmächtigung ab. Nachdem Esslinger und andere Miterb*innen verstorben waren und andere Verwandte im Ausland lebten, erklärte das Landesamt die Restitutionsanfrage 1965 für erledigt.

Högerle, Heinz/Müller, Peter/Uimer, Martin: Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945, Stuttgart 2019, 18€.

Fazit

Der umfangreiche Sammelband gibt einen beeindruckenden Überblick über die Ausgrenzung, Ausplünderung und Ermordung der jüdischen Familien in Württemberg und Hohenzollern. Das Zusammenspiel aus überregionalen Darstellungen und lokalen Beispielen zeigt auf, welche Rolle verschiedene Ämter, Parteiorganisationen und Akteur*innen vor Ort bereits vor 1933 dazu beitrugen, die jüdische Bevölkerung um ihre Werte zu bringen und nach 1945 eine Wiedergutmachung zu behindern. Alle Beiträge von „Ausgrenzung, Raub, Vernichtung“ sind mit Fotografien von Betrieben, Boykottaktionen und Akteur*innen, Zeitungsausschnitten, Flugblättern, Geschäftsberichten und anderen Archivalien reich bebildert. An manchen Stellen wäre eine stärkere Kommentierung der Täterdokumente und deren Sprache wünschenswert gewesen. Dennoch ergibt sich durch den Sammelband ein vielschichtiges Bild der Vorgänge in Südwestdeutschland.

Den Sammelband begleitend, haben das Staatsarchiv Ludwigsburg und der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e.V. eine Wanderausstellung erarbeitet, deren Inhalte [online aufrufbar](#) sind.

Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass

Von Tanja Kleeh

„Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass. Handreichung zum Besuch der Gedenkstätten am ehemaligen Hauptlager – Wegweiser zu den Gedenkstätten der Außenlager beiderseits des Rheins“ möchte an die Geschichte des KZ-Komplexes Natzweiler heranführen. Die vorgestellten didaktischen Materialien bieten die Möglichkeit, einen Rundgang mit Schüler*innen zu gestalten. Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg, die als Herausgeberin fungiert, ergänzt die Handreichung zudem mit Online-Materialien.

Als Ziel ihrer Handreichung geben die Herausgeber*innen an, den historischen Ort und seine Geschichte zu erschließen sowie die Gedenkstätten am ehemaligen Hauptlager und an den Standorten der ehemaligen Außenlager vorzustellen. Auch an die Erinnerungsgeschichte, beginnend mit der Entdeckung durch US-Truppen im November 1944, herangeführt.

Historische Einführung

Entsprechend wird einführend ein historischer Abriss geboten. Dieser stellt die Geschichte der Konzentrationslager in drei Phasen dar: Die erste Phase bis 1936 umfasste demzufolge vor allem die Inhaftierung politischer Gefangener, die zweite Phase bis 1942 waren geprägt von wirtschaftlichen Interessen der SS, zum Beispiel durch Zwangsarbeit der Häftlinge. Parallel entstanden die Konzentrationslager, die der

systematischen Tötung von Jüdinnen*Juden, Sinti*ze und Rom*nja sowie weiterer Gruppen dienten. Die dritte Phase schließlich von 1942 bis 1945 „ist vor allem durch die rücksichtslose Ausbeutung von bis zu 700.000 Häftlingen aus ganz Europa“ gekennzeichnet. Für den Überblick der Dimensionen ist eine Karte beigelegt, auf der das Hauptlager mit seinen Außenlagern auf beiden Seiten des Rheins verzeichnet ist.

Der KZ-Komplex in Natzweiler selbst wurde 1941 eröffnet und fällt somit in die zweite Phase der Konzentrationslager, der Schwerpunkt seiner Geschichte jedoch in die dritte Phase. Ursprünglich aus wirtschaftlichen Interessen errichtet (Abbau von Granit in den Vogesen), veränderte sich die Nutzung mit der sich verschlechternden Kriegslage. Die Zahl der Häftlinge stieg rapide an. Hauptsächlich wurden nun politische Gefangene aus allen Ländern in Natzweiler untergebracht. Ab 1943 kamen an den Standorten der Kriegsindustrie auf beiden Seiten des Rheins immer mehr Außenlager hinzu, so dass bald „mehr als 50 Außenlager im annektierten Elsass und in Lothringen, an der unteren Mosel, in Hessen und vor allem in Baden und Württemberg“ zum Lagerkomplex Natzweiler zählten. Aufgrund der Größe wurde das Wachpersonal der SS stetig durch die Wehrmacht ergänzt.

Die Erinnerungsarbeit begann auf französischer Seite bereits 1950 mit dem „Freundeskreis der Überlebenden“. Dieser arbeitete an der Umgestaltung des Hauptlagers zu einem Gedenkort. 1960 wurde durch Charles de Gaulle die Gedenkstätte eingeweiht.

Lernen aus der

■ Geschichte ■

Dennoch geriet das Lager in der französischen Öffentlichkeit zunehmend in Vergessenheit und rückte erst Anfang der 2000er wieder ins Bewusstsein. Im Südwesten Deutschlands wurden die Außenlager nach Kriegsende verleugnet oder verharmlost. Erst vierzig Jahre nach Kriegsende veränderte sich das Gedenken grundlegend: „bürgerschaftliche Aktionsgruppen erforschten die Geschichte der Außenlager, das ‚Konzentrationslager vor der Haustür‘, suchten nach Quellen in den Archiven und machten Überlebende und andere Zeitzeugen in ganz Europa ausfindig“.

Pädagogische Handreichungen

Für die Erkundung des ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler steht das „Logbuch“ zur Verfügung. Darin finden sich 20 sogenannte Haltepunkte, die entweder den konkreten Ort oder ein übergeordnetes Thema behandeln. Eine bestimmte didaktische Methode wird nicht vorgegeben, jedoch wird von den Autor*innen angeraten, auf eine Führung im klassischen Sinne zu verzichten, da diese aufgrund der Gegebenheiten vor Ort rasch an ihre Grenzen stoße. Zudem führe handlungsorientiertes oder entdeckendes Lernen bei einem Gedenkstättenbesuch zu bedeutend nachhaltigeren Ergebnissen. Wie die Autor*innen anmerken, sind die 20 Stationen ein Maximalangebot, das im Rahmen eines Besuchs der Gedenkstätte nicht vollständig bearbeitet werden kann. Es ist daher eine Auswahl erforderlich.

Die vorgegebene Route des Logbuchs folgt in etwa dem Weg der Häftlinge. Der erste

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Punkt ist beispielsweise der Bahnhof Rothau, Ankunftsort für Gefangene des Konzentrationslagers Natzweiler. Im Logbuch sind Informationen, ein Zeitzeugenbericht über seine Ankunft sowie eine historische Fotografie hinterlegt. Die Stationen 7 bis 14 sind zur Selbsterarbeitung für Schüler*innen konzipiert. Sie enthalten Themen wie das Lagerleben, Zwangsarbeit und die medizinischen Experimente vor Ort. Auch hier finden sich jeweils Hintergrundinformationen neben Bildmaterial sowie Verweise auf weiterführende Quellen. Zudem finden sich für Projektleiter*innen praktische Informationen wie die Verortung der im Logbuch beschriebenen Gedenktafel und didaktische Anregungen, etwa aus demselben Winkel des historischen Fotos ein Bild aufnehmen zu lassen. Dieser Aufmachung folgt das gesamte Logbuch. Dies erleichtert die Organisation und Durchführung des Gedenkstättenbesuchs für Lehrkräfte. Auch die Hinweise auf den veranschlagten Zeitrahmen, Wegbeschreibungen sowie den Ablauf im Centre européen du résistant déporté (CERD), das den Eingangsbereich der Gedenkstätte markiert, unterstützen dies enorm.

Es ist ein ganzes Kapitel in der Handreichung mit entsprechenden Hinweisen angeschlossen, die sich der didaktischen Aufbereitung eines Gedenkstättenbesuches widmen. Die Herausgeber*innen definieren Gedenkstättenpädagogik als europäische Aufgabe. Sie folgen der Herangehensweise von Aleida Assmann, die Gedenkstätten als „begehbare Geschichtsbücher“ bezeichnet:

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Es wird ein Zugang zu Geschichte ermöglicht, „der über die Vermittlung von theoretischem Wissen hinausgeht“. Konkret schlagen die Autor*innen neben dem „Logbuch“ die Methode der „Black Box“ vor. In dieser wird von den Lehrkräften ausgewähltes Material zum Gedenkstättenbesuch ausgegeben. Die Autor*innen haben einen Vorschlag für die Befüllung erarbeitet, der nach Bedarf bzw. nach dem Wissenstand der Schüler*innen angepasst werden kann. Es besteht zudem die Möglichkeit arbeitsteilig vorzugehen und entsprechend jede „Black Box“ unterschiedlich zu füllen.

Gedenkstätten der Außenlager

Die Ausarbeitung zu den Gedenkstätten bei ehemaligen Außenlagern des Konzentrationslagers ist insbesondere für Schulklassen oder historisch interessierte Gruppen interessant. Ein Besuch dieser kann an einen Besuch im Stammlager anschließen oder im Vorfeld stattfinden, um den örtlichen Bezug herzustellen. Von Seiten der Autor*innen wird der vorherige Besuch empfohlen. Es zeigt sich an dieser Liste auch gut, wie unterschiedlich Gedenkstättenarbeit an den einzelnen Standorten funktioniert und welche Unterschiede auch im Umfang der Angebote bestehen. Es fällt zudem auf, dass ein sehr großer Teil in ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird und fast überall Bildungsangebote zu finden sind.

Fazit

„Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass. Handreichung zum Besuch der Gedenkstätte am ehemaligen Hauptlager –

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Wegweiser zu den Gedenkstätten der Außenlager beiderseits des Rheins“ bietet nicht nur kompakte Hintergrundinformationen zum ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler und seinen Außenlagern, sondern auch eine Fülle an Gestaltungsmöglichkeiten für den Besuch mit Schüler*innen. Aber auch für den Besuch mit außerschulischen Bildungsgruppen kann die Handreichung genutzt werden. Zahlreiche Verweise auf Literatur und Onlinequellen bieten Lehrer*innen die Möglichkeit, sich bestmöglich auf den Besuch vorzubereiten.

LpB Baden-Württemberg u.a. (Hg.): Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass. Handreichung zum Besuch der Gedenkstätte am ehemaligen Hauptlager – Wegweiser zu den Gedenkstätten der Außenlager beiderseits des Rheins, Stuttgart 2019, 6,00€.

„Es war ein Ort, an dem alles grau war...“

Von Lucas Frings

Mit den Deportationen der badischen Jüdinnen*Juden nach Gurs im Oktober 1940 und der Situation im Lager befasst sich das Lese- und Arbeitsheft „Es war ein Ort, an dem alles grau war...“ der baden-württembergischen Landeszentrale für politische Bildung. Die Texteinheiten und Arbeitsmaterialien ermöglichen Pädagog*innen die Ausgrenzung, Beraubung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Baden zu thematisieren und mehr über Opfer und beteiligte Täter zu erfahren. Das Material setzt sich aus elf ein- bis zweiseitigen Überblickstexten mit zugeordneten Lernmaterial- und aufträgen zusammen. Begleitet werden diese durch die Einführung in didaktische Zugänge, Kartenmaterial, eine Chronik und Informationen über Gedenkstätten. Die Lesetexte widmen sich der Situation der badischen Jüdinnen*Juden vor ihrer Deportation, den Deportationen selbst samt Reaktionen und Folgen in ihren Heimatorten, den Zuständen im Lager Gurs, den Tätern und dem Gedenken an die Deportation.

In nur zwei Tagen, dem 22. und 23. Oktober 1940 wurden über 6500 Jüdinnen*Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland nach Südfrankreich in das Internierungslager Gurs verschleppt. Dass die Deportation in der Zeit von Sukkot (dem jüdischen Laubhüttenfest) stattfand zeigt dabei eine zusätzliche Erniedrigung auf und hatte auch

praktische Gründe, da die Nationalsozialisten davon ausgehen konnten, die meisten Jüdinnen*Juden zu Hause anzutreffen. Das Material der Landeszentrale für politische Bildung steigt mit der Situation der badischen Jüdinnen*Juden insbesondere ab 1938 ein. Trotz den zunehmenden antisemitischen Regelungen und Gerüchten über eine bevorstehende „Evakuierung“, waren die meisten von ihrer Verhaftung am Morgen des 22. Oktober 1940, in Zusammenarbeit von Gestapo, Ordnungspolizei, SS und SA, überrascht worden. Bereits am selben Tag fuhren die ersten Deportationszüge ab, das Ziel im noch nicht von Deutschland besetzten Teil Frankreichs, war den Deportierten unbekannt. Die Fahrt zum im deutschen Auftrag von der Vichy-Regierung betriebenen Camp de Gurs dauerte zum Teil mehrere Tage, unterwegs kamen weitere Verhaftete dazu oder der Zug blieb mehrfach stehen.

Das Lager in Gurs bestand bereits seit dem Frühjahr 1939 als provisorisches Internierungslager der französischen Regierung, in dem politische Flüchtlinge und Spanienkämpfer, die als „unerwünschte Ausländer“ eingewiesen wurden. Das Vichy-Regime wandelte Gurs und andere Lager wie Rivesaltes und Le Vernet in dauerhafte Lager für politische Gegner ein. Die eintreffenden badischen Jüdinnen*Juden erlebten eine große Unterstützung durch die bis dahin ca. 3000 Häftlinge und erhielten Lebensmittel, Medikamente und Kleidung durch verschiedene Hilfsorganisationen, die versuchten die schlechten Bedingungen zu verbessern. Über deren Tätigkeiten, das religiöse und

Lernen aus der ■ Geschichte ■

kulturelle Leben sowie den Protest der französischen Kirchen gegen die Deportationen in Vernichtungslager ab 1942 informieren mehrere der kurzen Texte im Heft. Die vorletzte Leseinheit, die sich mit den Verantwortlichen der Deportationen 1940 befasst, sticht durch ihre Transparenz über Unklarheiten bezüglich der Entscheider heraus. Ob die örtlichen Gauleiter, das Reichssicherheitshauptamt oder Hitler direkt die treibende Kraft hinter den Festnahmen waren, lässt sich nicht abschließend klären, an der Organisation und Durchführung waren jedoch gesichert mehreren Stellen beteiligt.

Im ersten Teil der Publikation werden drei didaktische Zugänge vorgestellt, die bereits bei der Textanalyse helfen können. Besonders die Quellen- bzw. Ideologiekritik anhand der abgedruckten Fotos und Zitate in den Texten und Arbeitsmaterialien, scheinen besonders geeignet, um die Einarbeitung in das Thema zu begleiten. Die den einzelnen Texten zugeordneten Aufgaben bestehen überwiegend aus der Auseinandersetzung mit Karten- und Bildmaterial, Briefen und Berichten von Opfern, Schreiben von Behörden und Biografien. Neben Aufgaben, die das Textverständnis, unter anderem zu den Deportationsabläufe und den Tätern prüfen, sind die Lernenden aufgefordert, die Quellen tiefgehend zu analysieren, einzuordnen und zu bewerten: Wie angemessen sind Begriffe wie „Verwahrung“ und „Verwaltung“ hinsichtlich der eingezogenen Werte von Jüdinnen*Juden vor und nach ihrer Deportation? Trifft die weithin verbreitete Aussage „Fotos sind ein Abbild

Empfehlung Unterrichtsmaterial

der Wirklichkeit“ im Kontext der Deportationsfotos zu? Wie lässt sich die Bezeichnung des Camp de Gurs als „Wartesaal für Auschwitz“ verstehen? Hinzu kommen Rechercheaufträge, etwa zum Thema Rettungswiderstand oder in Gedenkbüchern.

Die Geschichte des Gedenkens an die Deportation ist Thema der letzten Einheit. Während in Gurs bereits 1945 ein erstes Denkmal entstand, begann die Erinnerung in Baden erst Ende der 1950er. Die Lernenden können anhand verschiedener Gedenksteine Formen der Erinnerung diskutieren und sollen sich eigene Gedanken für ein aktuelles Gedanken machen.

„Es war ein Ort, an dem alles grau war...“ vereint auf knapp 60 Seiten übersichtliche und leicht verständliche Informationen über die Situation der Jüdinnen*Juden in Baden und nach ihrer Deportation nach Gurs. Bezüge zu vielen lokalen Beispielen und Biographien von Verfolgten ermöglichen Lernenden vielfältige Zugänge zum Thema. Eine besondere Stärke der Publikation stellt die Anleitung zur Quellenkritik mit vielfältigen Aufträgen dar, die eine kleinteilige und eigenständige Beschäftigung sowie Raum für produktive Diskussionen und Positionierung ermöglicht. Pädagog*innen erhalten mit diesem Heft eine wertvolle Unterstützung für ihre Arbeit.

Das Lese- und Arbeitsheft kann über die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg kostenlos bestellt oder [online heruntergeladen](#) werden.

Praxis des Widerstands 1933 bis 1945. Formen widerständigen Handelns in Südwestdeutschland.

Von Tanja Kleeh

Erschienen in der Zeitschriftenreihe „Politik und Unterricht“ der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg, möchte „Praxis des Widerstands 1933 bis 1945. Formen widerständigen Handelns in Südwestdeutschland“ anhand von 16 Beispielen und begleitenden Materialien dazu anregen, sich mit den Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, den Personen dahinter und ihren Motivationen auseinanderzusetzen.

Die Publikation, die insgesamt knapp über 40 Seiten umfasst, mit einer allgemeinen Einführung in das Thema Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Der Fokus liegt dabei auf eher unbekanntem Widerstandskämpfer*innen und ihren ganz unterschiedlichen Formen des Widerstands, der sich von Demonstrationen über Flugblattaktionen, Boykotten von NS-Institutionen und aktiver Unterstützung von Jüdinnen*Juden bis hin zu Sprengstoffanschlägen erstreckte.

„Praxis des Widerstands“ zielt in der gesamten Konzeption auf das Verständnis von Zusammenhängen und möchte den Schüler*innen ermöglichen, die Ereignisse aus den Jahren 1933 bis 1945 ins Heute zu übertragen und dabei Parallelen und Unterschiede zu erkennen. Die Autor*innen sehen darin eine Möglichkeit, für die

Fragilität demokratischer Werte und ein Einsteigen für eben diese Werte zu sensibilisieren (vgl. S.3).

Die Publikation enthält neben den Biografien Arbeitsblätter, anhand derer grundsätzliche Fragen erarbeitet werden können. Sie können gut als Einführung in das Thema bzw. die Unterrichtseinheit verwendet werden. Das erste angebotene Arbeitsblatt bietet zum Beispiel Vorschläge, was Widerstand sein könnte. Als Arbeitsauftrag sollen die Schüler*innen markieren, was zwischen 1933 und 1945 sowie in der heutigen Zeit als Widerstand zu zählen ist. Im Anschluss werden die Ergebnisse in der Klasse diskutiert, ebenso der historisch-politische Kontext. Ein weiteres Arbeitsblatt beschäftigt sich mit Widerstand und der NS-„Volksgemeinschaft“ im Allgemeinen und bietet verschiedene Textpassagen zur Bearbeitung an. Zusätzlich bietet ein weiteres Arbeitsblatt Ansätze, die nach widerständigen Handeln heute fragen. Hier wird vor allem mit Bildquellen gearbeitet, unter anderem einer Karikatur.

Den aufgelisteten Biografien sind unterschiedliche Lernniveaus von „grundlegend“ bis „erweitert“ zugeordnet, so dass durch die Lehrkräfte eine zielgerichtete Auswahl erfolgen kann, welche Biografien im Unterricht eingesetzt werden sollen. Es ist sowohl möglich, alle 16 Biografien erarbeiten zu lassen, als auch Schwerpunkte zu setzen, zum Beispiel mit einem regionalen Bezug. Die unterrichtspraktischen Hinweise (S.6/7) enthalten zudem Arbeitsaufträge, anhand derer die Biografien erschlossen werden

Lernen aus der ■ Geschichte

können. Natürlich ist es für Lehrer*innen auch möglich, eigene Aufgaben zu erstellen.

Das Material der Biografien umfasst jeweils einen kurzen tabellarischen Lebenslauf der porträtierten Person, indem neben Lebensdaten bereits die widerständigen Tätigkeiten umrissen werden. Fast jede Biografie enthält zudem eine (Porträt-) Fotografie, so dass die Widerstandskämpfer*innen ein Gesicht bekommen. In ausführlichen Texten werden Werdegang, Hintergrund und die widerständigen Handlungen erläutert. Ergänzend sind jeweils Erzählungen der einzelnen Personen oder historische Dokumente angefügt. So findet sich beispielsweise bei Arthur Ditschkowski, der sich an Flugblattaktionen der Zeugen Jehovas beteiligte und Kurierdienste in die Schweiz übernahm, eine schriftliche Erklärung über seine Haftzeit und das gegen ihn ausgesprochene Todesurteil (umgewandelt in eine Haftstrafe). Aber auch die Produkte des Widerstands selbst finden sich in der Zeitschrift. Die Biografie von Jakob Stotz, Mitorganisator des Mössinger Generalstreiks am 31. Januar 1933, wurde als historische Quelle um das Streikplakat ergänzt. Dieses kann zusätzlich als Abschrift online eingesehen werden. Der Zugang ist mittels QR-Code einfach möglich.

Spannend ist die Vielfältigkeit der gewählten Beispiele. Mit Joannes Baptista Sproll ist auch ein Bischof als Repräsentant des kirchlichen Widerstands vertreten. Er verweigerte 1938 die Stimmabgabe bei der Volksabstimmung über den Anschluss von Österreich an das Deutsche Reich, was ihn

Empfehlung Unterrichtsmaterial

zur Zielscheibe des NS-Regimes machte. Wie die Autor*innen schreiben, war Sproll der einzige Verfolgte unter den deutschen Bischöfen – die auch in der Zeitschrift gestellte Frage nach der Rolle der anderen Bischöfe ist offensichtlich. Wie an vielen anderen Stellen regt „Praxis des Widerstands“ zum Weiterforschen über die gegebenen Beispiele an und Wissen zu vertiefen.

Leider sind die gewählten Beispiele sehr männlich dominiert. Lediglich vier Frauen bzw. Frauengruppen werden vorgestellt. Es bleibt die Frage offen, ob dies die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt oder über weitere weibliche Widerstandskämpferinnen (noch) nichts bekannt ist. Zu den Beispielen weiblicher Widerständigkeit zählt Hildegard Spieth. Sie versteckte von Februar 1945 bis Kriegsende ein untergetauchtes jüdisches Ehepaar. Eine ungewöhnliche Form des Widerstands wird in der Biografie Sofie Schlegels und den „Pfullinger Weiber[n]“ vorgestellt: Angeführt von Schlegel wehrten sich die Frauen gegen den Endkampf in Pfullingen, indem sie die errichteten Panzersperren sabotierten und in weißer Kleidung den anrückenden Franzosen entgegentraten. Auch die hier beigefügte Quelle – ein Gedicht von Sofie Schlegel, dass die Ereignisse aus dem April 1945 verarbeitet – zeigt die Besonderheit der Vorkommnisse.

Fazit

„Praxis des Widerstands 1933 bis 1945. Formen widerständigen Handels in Südwestdeutschland“ ist eine umfangreiche, vielfältige Handreichung, die sich aufgrund ihrer Praxisorientierung gut für die Vorbereitung

Lernen aus der ■ Geschichte ■

sowie den direkten Einsatz im Schulunterricht eignet. Der bewusste Einsatz von Quellen in den vorgestellten Biografien ermöglicht es den Schüler*innen, den kritischen Umgang mit diesen zu üben.

Die Zeitschrift ist bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erhältlich sowie online verfügbar.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Unser nächstes Magazin erscheint am 28.04.2021 und wird sich mit unterschiedlichen universitären geschichtsdidaktischen Projekten befassen.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Redaktion: Lucas Frings, Tanja Kleeh, Ingolf Seidel

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins ist mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg entstanden.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.